

Inhaltsverzeichnis

§ 1. Einführung

I. Geschichte des Insolvenzrechts	4
II. Die Konkursordnung von 1877	5
III. Funktionswandel des Konkurses	7
IV. Das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses	8
V. Funktionsverlust des Konkursrechts	10
VI. Grundzüge der Insolvenzrechtsreform	13
VII. Erfahrungen mit dem neuen Recht	19
1. Das Eröffnungsverfahren	19
2. Arbeitsrechtliche Fragen	21
3. Mobiliarsicherheiten und Aufrechnungsvereinbarungen	21
4. Insolvenzplanverfahren	22
5. Restschuldbefreiung	22
6. Verbraucherinsolvenzverfahren	23
7. Der Regierungsentwurf 2005	23
8. Ausblick	23

Kapitel I. Im Vorfeld der Insolvenz

§ 2. Die Krise

I. Zum Begriff „Krise“	29
II. Erkennung sich anbahnender Krisen	30
1. Auf Jahresabschluss-Daten gestützte Kennzahlen	31
2. Cash-flow-Konzeptionen	47
3. Rentabilitäten und Krisenerkennung	51
4. Krisenerkennung und Residualgewinne	55
III. Zum Problem der wirtschaftlichen Vertretbarkeit von Sozialplänen	60

§ 3. Außergerichtliche Sanierungsentscheidungen

I. Struktur des Problems	61
II. Hintergrund: Regelungen der InsO	64
III. Anstoß zu Verhandlungen	65
1. Kreditgeber als Impulsgeber	65
2. Eigeninteresse und Verhandlungseintritt	71
IV. Sanierungskredite	72
1. Übersicht	72
2. Mögliche Vorteile „verdeckter“ Sanierungen	73
3. Verhalten der Bank als Kreditgeber und Rechtsprechung	73
4. Gesellschafterdarlehen und Sanierungskredit	76
V. Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen	80
1. Beteiligung am Nennkapital	80
2. Stille Beteiligung	84
3. Arbeitnehmerbeteiligung	84
VI. Forderungsverzichte	85
VII. Besserungsscheine und Wandelgenussrechte	87
1. Besserungsscheine	87
2. Wandelgenussrechte	90
VIII. Probleme der steuerlichen Verlustverwertung	92

Kapitel II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren

§ 4. Der Insolvenzeröffnungsantrag als Entscheidungsprozess für Gläubiger und Schuldner

- I. Das Insolvenzeröffnungsverfahren als Antragsverfahren 99
- II. Die Entscheidung über die Verfahrensart 99
- III. Vor- und Nachteile des Insolvenzverfahrens 100
 - 1. Vor- und Nachteile für den Gläubiger als Antragsteller 100
 - 2. Vor- und Nachteile des Eigenantrags eines Schuldners 109
- IV. Der Entscheidungsprozess „Gerichtliches Verfahren oder Außergerichtlicher Vergleich?“ 111
 - 1. Analyse der Unternehmenssituation 111
 - 2. Mediation als alternative Form der Insolvenzbewältigung 113

§ 5. Die Insolvenzfähigkeit des Schuldners

- I. Der Begriff der Insolvenzfähigkeit 114
- II. Insolvenzfähigkeit von natürlichen Personen 115
- III. Insolvenzfähigkeit juristischer Personen 115
- IV. Insolvenzfähigkeit des nicht rechtsfähigen Vereins 116
- V. Insolvenzfähigkeit einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit 116
- VI. Insolvenzfähigkeit des Nachlasses 117
- VII. Insolvenzfähigkeit des Gesamtguts einer fortgesetzten Gütergemeinschaft 117
- VIII. Insolvenzfähigkeit von Vor- und Nachgesellschaften 117
 - 1. Insolvenzfähigkeit der Vorgründungsgesellschaft 117
 - 2. Insolvenzfähigkeit der Vorgesellschaft 118
 - 3. Insolvenzfähigkeit von Nachgesellschaften 119
 - 4. Insolvenzfähigkeit bei Verschmelzung und Umwandlung 120
- IX. Insolvenzunfähigkeit 121
 - 1. Insolvenzunfähigkeit des Bundes und der Länder 121
 - 2. Insolvenzunfähigkeit bestimmter juristischer Personen des öffentlichen Rechts 121
 - 3. Sonstige insolvenzunfähige Institutionen 121
- X. Örtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitserschleichung 122

§ 6. Die Insolvenzzgründe als Verfahrensauslöser

- I. Der Insolvenzzgrund als Rechtfertigung von Eingriffen in das Schuldnervermögen und in Gläubigerpositionen 123
- II. Zahlungsunfähigkeit 124
 - 1. Der Begriff 124
 - 2. Die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit 127
- III. Drohende Zahlungsunfähigkeit 128
 - 1. Der Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit 128
 - 2. Die Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit 130
- IV. Überschuldung 133
 - 1. Der Begriff der Überschuldung 133
 - 2. Überschuldung und Unterbilanz 135
 - 3. Überschuldung und Unterkapitalisierung 135
 - 4. Die Überschuldungsprüfung 136
- V. Der Überschuldungsstatus 141
 - 1. Aktivposten des Überschuldungsstatus 142
 - 2. Passivposten des Überschuldungsstatus 146
 - 3. Besonderheiten bei der GmbH & Co KG 152

§ 7. Die Rechtsfolgen eines Insolvenzzgrundes bei beschränkt haftenden Gesellschaften des Handelsrechts und sonstigen juristischen Personen oder Nachlässen

- I. Allgemeines 154
- II. Die Insolvenzantragspflicht 154

III. Die Rechtsfolgen einer schuldhaften Verletzung der Insolvenzantragspflicht	160
1. Die privatrechtlichen Sanktionen	160
2. Die strafrechtliche Verantwortung antragspflichtiger Organe	163
IV. Die Aufklärungspflicht gegenüber Geschäftspartnern	165
V. Die Informations- und Sanierungspflicht organschaftlicher Vertreter gegenüber der Gesellschaft	166
VI. Strafbare Bankrothandlungen	167
1. Bankrott	168
2. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	170
3. Sonstige Insolvenzdelikte	171
VII. Umgründung und Niederlegung von Ämtern in der Unternehmenskrise	172
1. Umgründung und Umwandlung	172
2. Amtsniederlegung durch organschaftliche Vertreter nach Eintritt der Insolvenzreife	172
§ 8. Das Insolvenzantragsrecht	
I. Das Insolvenzantragsrecht des Schuldners	175
1. Natürliche Personen	175
2. Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren	176
3. Personengesellschaften	177
4. Die Aktiengesellschaft	178
5. Die GmbH und GmbH & Co KG	178
6. Die Genossenschaft	181
7. Das Nachlassinsolvenzverfahren	181
8. Sonstige juristische Personen	182
9. Versicherungen, Kreditinstitute und Bausparkassen	182
II. Das Insolvenzantragsrecht des Gläubigers	183
III. Das Antragsrecht bei Auszahlungsverbot nach § 30 GmbHG	184
IV. Einzelfälle der Antragsberechtigung von Gläubigern	184
1. Dinglich gesicherte Gläubiger	184
2. Bedingter oder befristeter Insolvenzantrag	184
3. Verpfändete Forderung	184
4. Befreiungsanspruch von Gesamtschuldner und Bürge	185
5. Antragsrecht des Pensions-Sicherungs-Vereins aG	185
6. Insolvenzantrag der Finanzbehörde	185
7. Insolvenzantrag des Sozialversicherungsträgers	187
8. Insolvenzantrag der Arbeitnehmer wegen rückständiger Lohn- und Gehaltsansprüche	188
V. Verzicht des Gläubigers auf das Insolvenzantragsrecht	189
VI. Die Haftung des Antragstellers bei unbegründetem Insolvenzantrag	189
1. Die Haftung bei Gläubigerantrag	189
2. Die Haftung bei Eigenantrag	189
§ 9. Form und Inhalt des Insolvenzantrags	
I. Form des Antrags	190
II. Der notwendige Inhalt des Insolvenzantrags	193
1. Bestimmtheit	193
2. Antrag auf Bewilligung von Insolvenzkostenhilfe	194
3. Angabe der Anschriften	194
4. Insolvenzantrag wegen Teilbeträgen	195
5. Darlegung des Insolvenzgrundes	196
6. Bezeichnung der richtigen Verfahrensart	197
§ 10. Rücknahme des Insolvenzantrags und Erledigungserklärung	
I. Die Zulässigkeit der Rücknahme	198
1. Antragsrücknahme bei Abweisung mangels Masse	198
2. Antragsrücknahme bei Abberufung des Antragstellers	199

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Die Rücknahmeberechtigung bei mehrheitlicher Vertretung	200
III. Kostentragungspflicht bei Antragsrücknahme	201
IV. Die Erledigung des Insolvenzantrags in der Hauptsache	202
1. Zulässigkeit der Erledigungserklärung	202
2. Form der Erledigungserklärung	203
3. Rechtliches Gehör	204
4. Kostenentscheidung	205
5. Kosten von Sicherungsmaßnahmen bei Rücknahme oder Erledigung der Hauptsache	206
§ 11. Das Verfahren bei Eigenantrag des Schuldners	
I. Das vereinfachte gerichtliche Zulassungsverfahren	208
II. Beizufügende Unterlagen im Verbraucherinsolvenzverfahren	210
III. Das Antragsrecht bei mehrheitlicher Vertretung und Miterben	210
IV. Insolvenzkostenhilfe bei Eigenantrag	211
V. Keine Anhörung des Betriebsrats	212
VI. Keine Anforderung eines Massekostenvorschusses	213
§ 12. Das Verfahren bei Gläubigerantrag	
I. Allgemeines	215
II. Das Zulassungsverfahren	215
III. Prüfung der Antragsberechtigung des Gläubigers	216
IV. Nachweis der Insolvenzfähigkeit des Schuldners	217
V. Nachweis der örtlichen Zuständigkeit	218
VI. Die Insolvenzvollmacht	219
VII. Nachweis des rechtlichen Interesses	220
VIII. Glaubhaftmachung von Forderung und Insolvenzgrund	222
1. Glaubhaftmachung der Forderung	223
2. Glaubhaftmachung des Insolvenzgrundes	224
3. Vollbeweis	225
4. Rechtsfolgen fehlender Glaubhaftmachung	226
IX. Die Zulassung des Insolvenzantrags	226
X. Das Verfahren nach Zulassung des Gläubigerantrag	227
1. Die Zustellung des Insolvenzantrags	228
2. Die Anhörung des Antragsgegners	230
XI. Insolvenzkostenhilfe für den Gläubigerantrag	233
XII. Einreichung einer Schutzschrift	234
XIII. Amtsermittlungspflicht des Insolvenzgerichts	234
XIV. Auskunftsrechte- und Akteneinsicht im Insolvenzeröffnungsverfahren	237
XV. Das rechtliche Gehör im Insolvenzeröffnungsverfahren	239
§ 13. Reaktionen des Schuldners/Antragsgegners	
I. Das Insolvenzeröffnungsverfahren als quasi-streitiges Parteiverfahren	242
II. Schuldnerreaktionen im Eröffnungsverfahren	242
1. Der Schuldner zahlt	242
2. Der Antragsgegner (Schuldner) bestreitet	243
III. Schuldnerschutz im Insolvenzeröffnungsverfahren	245
IV. Tod des Schuldners während des Eröffnungsverfahrens	246
§ 14. Einstweilige Maßnahmen des Insolvenzgerichts	
I. Allgemeines	248
II. Das allgemeine Verfügungsverbot (§ 21 II 2 InsO)	249
III. Die Anordnung eines allgemeinen Zustimmungsvorbehalts	255
IV. Besonderes Verfügungsverbot	257
V. Die Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	258
VI. Die Anordnung einer vorläufigen Postsperre	261

VII. Bekanntmachung der Verfügungsbeschränkungen	262
VIII. Wirksamwerden der Sicherungsmaßnahmen	263
IX. Sonstige Sicherungsmaßnahmen und Zustellungen	263
X. Verhältnismäßigkeit/Erforderlichkeit der Sicherungsmaßnahmen	265
XI. Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	265
1. Der Begriff des vorläufigen Insolvenzverwalters	265
2. Auswahl und Bestellung	268
3. Der vorläufige Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis ...	269
4. Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	274
5. Der vorläufige Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	277
XII. Die gesetzliche Aufgabenzuweisung an den vorläufigen Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	281
1. Die Verpflichtung zur Vermögenssicherung und -erhaltung	281
2. Die Pflicht zur einstweiligen Unternehmensfortführung	285
3. Die Pflicht zur Betriebsstilllegung	289
4. Die Prüfung der Massekostendeckung	292
5. Die Prüfung des Insolvenzgrundes	295
6. Die Prüfung der Fortführungsaussichten	296
7. Die arbeitsrechtliche Stellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	297
8. Vom vorläufigen Insolvenzverwalter begründete Verbindlichkeiten	299
9. Inbesitznahme des Schuldnervermögens und Herausgabevollstreckung	302
XIII. Die prozessualen Auswirkungen der Übertragung der Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis auf den vorläufigen Insolvenzverwalter	305
XIV. Die Rechte des vorläufigen Insolvenzverwalters mit und ohne Verfügungsbefugnis ..	307
1. Das Recht, die Geschäftsräume des Schuldners zu betreten	308
2. Das Recht, die Einstellung der Zwangsversteigerung zu beantragen	309
3. Das Recht auf Sicherungsmaßnahmen nach Art 38 EuInsVO	310
4. Das Recht auf Besitz und Verwertung von Mobiliarsicherungsgut	310
5. Die Vorfinanzierung von Insolvenzgeld	315
XV. Prozesskostenhilfe für den vorläufigen Insolvenzverwalter	317
XVI. Die Aufsicht des Insolvenzgerichts	319
XVII. Zwangsmaßnahmen und Entlassung des vorläufigen Insolvenzverwalters	320
XXVIII. Die Wirksamkeit von Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters bei vorzeitiger Verfahrensbeendigung	321
XIX. Die steuerlichen Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters	322
XX. Die Rechnungslegungspflicht des vorläufigen Insolvenzverwalters	324
XXI. Die Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	326
XXII. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	331
XXIII. Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	335
XXIV. Sofortige Beschwerde und Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen	336

§ 15. Massekostendeckung und Massekostenvorschuss

I. Allgemeines	341
II. Die Massekostendeckung	342
1. Die gerichtliche Prüfung der Massekostendeckung	342
2. Keine Vorschussanforderung bei Eigenantrag	347
III. Der Massekostenvorschuss des Gläubigers	348
1. Keine Anforderung des Vorschusses durch Beschluss	348
2. Auflagenbeschluss und Rechtsmittel	349
3. Der Massekostenvorschuss bei mehreren Antragstellern	349
4. Der Massekostenvorschuss als Treuhandvermögen	349
5. Keine Insolvenzkostenhilfe für Massekostenvorschüsse	350
6. Die Berechnung des Massekostenvorschusses	351
7. Die gesetzliche Zuweisung von Erstattungsansprüchen gegen antragspflichtige Organe	352

§ 16. Verfahrensabschließende Entscheidungen des Insolvenzgerichts	
I. Allgemeines	354
II. Zurückweisung des Insolvenzantrags als unzulässig	355
III. Abweisung des Insolvenzantrags als unbegründet	356
IV. Abweisung mangels Masse	357
1. Rechtliches Gehör	359
2. Veröffentlichung des Abweisungsbeschlusses	361
3. Eintragung des Schuldners in das Schuldnerverzeichnis	362
4. Löschung des Schuldners im Schuldnerverzeichnis	363
5. Rechtsmittel gegen den Abweisungsbeschluss	363
6. Rechtsfolgen der Abweisung für Gesellschaften des Handelsrechts	364
7. Berufs- und gewerberechtliche Folgen	365
8. Die Kostenentscheidung bei Abweisung mangels Masse	365
V. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	368
1. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss	369
2. Wirksamwerden des Eröffnungsbeschlusses	372
3. Bekanntmachung	373
4. Mitteilungspflichten	374
VI. Rechtsmittel im Insolvenzeröffnungsverfahren	374
1. Rechtsmittel gegen Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO	374
2. Die Beschwerde bei Abweisung des Eröffnungsantrags	375
3. Sofortige Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluss	376
4. Der Ausschluss der sofortigen Beschwerde in sonstigen Fällen	378

Kapitel III. Das eröffnete Insolvenzverfahren

1. Abschnitt. Die Verfahrensbeteiligten

§ 17. Das Insolvenzgericht	
I. Allgemeiner Standort im Verfahren	384
II. Zuständigkeiten	384
1. Verfahrenszuständigkeit	384
2. Örtliche Zuständigkeit	385
3. Funktionelle Zuständigkeit	387
III. Kompetenzen	387
1. Allgemeines	387
2. Einzelne Kompetenzen	388
IV. Gerichtsverfahren	388
1. Allgemeines	388
2. Besondere Verfahrensregelungen der InsO	389
3. Verfahrensregelungen der ZPO	392
4. Verfahrensregelungen des GVG	393
V. Verfahrens- und Prozesskostenhilfe	393
1. Allgemeines	393
2. Verfahrenskostenhilfe	394
3. Prozesskostenhilfe	395
§ 18. Der Insolvenzschuldner	
I. Rechtsstellung	397
1. Übergang der Rechtsausübung	397
2. Ausnahmen	397
3. Rechtsträgerstellung	397
4. Öffentliche Rechtsstellung	397
5. Aktive Einflussnahme	398
II. Pflichten	398
1. Auskunftspflicht	398
2. Mitwirkungspflicht	398

3. Präsenzpflicht	399
4. Duldung der Postsperre	399
5. Mitwirkung bei der Vermögensaufnahme	399
III. Befugnisse	400
1. Antragsrechte	400
2. Anhörungsrechte	400
3. Anwesenheits- und Einsichtsrechte	400
4. Auskunftsrechte	401
5. Beschwerderechte	401
§ 19. Die Insolvenzgläubiger	
I. Rechtsstellung	402
1. Allgemeines	402
2. Befugnisse im Verfahren	402
II. Persönlicher Anspruch	404
III. Vermögensanspruch	405
IV. Begründung vor Verfahrenseröffnung	406
1. Allgemeines	406
2. Einzelfälle	406
V. Unterhaltsansprüche	408
VI. Forderungsumrechnung	408
1. Geldwerte Leistungsansprüche	408
2. Im Betrag unbestimmte Zahlungsansprüche	408
3. Ansprüche in Fremdwährung oder Rechnungseinheit	409
VII. Wiederkehrende Leistungen	409
VIII. Nachrangige Insolvenzgläubiger	409
§ 20. Die Gläubigerversammlung	
I. Rechtsstellung	410
1. Herrin des Verfahrens	410
2. Macht und Ohnmacht	411
II. Verfahrensstruktur	411
1. Einberufung	411
2. Stimmrecht	412
3. Leitung	413
III. Kompetenzen	413
1. Wahlbefugnisse	413
2. Informationsbefugnisse	414
3. Entscheidungsbefugnisse in Grundfragen der Insolvenzabwicklung	414
4. Unterhaltsgewährung	414
§ 21. Der Gläubigerausschuss	
I. Rechtsstellung	414
II. Verfahrensstruktur	415
1. Bestellung und Amtsbeendigung	415
2. Verfahrensordnung	416
III. Kompetenzen	418
1. Allgemeine Befugnisse	418
2. Spezielle Befugnisse	419
§ 22. Der Insolvenzverwalter	
I. Rechtsstellung	420
1. Aufgaben und Befugnisse	420
2. Pflichten und Sanktionen	421
3. Bestellung und Amtsbeendigung	421
4. Das Fiasko des Theorienstreits	424

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Verwaltung	425
1. Sammlung, Sichtung und Sicherung der Masse	425
2. Vorläufige Erhaltungsmaßnahmen	429
3. Einstweilige Unternehmensfortführung	429
III. Befriedigung der Gläubigeransprüche	431
1. Anmeldung, Prüfung und Feststellung der Gläubigerforderungen	431
2. Liquidation	432
3. Insolvenzplan	434
IV. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	436
1. Einstellung mangels Masse	436
2. Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit	436
V. Schlussrechnung	436
1. Allgemeines	436
2. Inhalt	437
VI. Steuerrechtliche Stellung	438
1. Des Insolvenzverwalters	438
2. Des vorläufigen Insolvenzverwalters	442
3. Des Treuhänders und Sachwalters	442
§ 23. Die Haftung der Verfahrensbeteiligten	
I. Allgemeines	443
II. Haftung des Insolvenzverwalters	444
1. Insolvenzspezifische Haftung	444
2. Haftung wegen Nichtausgleich von Masseverbindlichkeiten als Sonderfall der insolvenzspezifischen Haftung	447
3. Deliktshaftung	448
III. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	448
1. Das Grundkonzept	448
2. Einzelne Haftungsfälle	449
IV. Staatshaftung bei Amtspflichtverletzung des Insolvenzgerichts	450
1. Allgemeines	450
2. Einzelne Haftungsfälle	450
3. Privilegfragen	451
V. Haftung der Absonderungs-, Masse- und Insolvenzgläubiger	452
1. Sonderregelung (§ 28 II 3 InsO)	452
2. Deliktshaftung	452
VI. Haftung des Insolvenzschuldners	453
VII. Haftungskonkurrenzen der Verfahrensbeteiligten	453
1. Allgemeines	453
2. Sonderfälle	453

2. Abschnitt. Die Insolvenzmasse

§ 24. Rechtlicher Standort der Masse	
I. Gegenstand und Umfang der Masse	457
II. Rechtliche Zuordnung der Masse	458
III. Zweckbestimmung der Masse	458
IV. Sondermassen	458
§ 25. Zuordnung und Ausgrenzung der Massegegenstände	
A. Allgemeines	
B. Unbewegliches Vermögen	
I. Grundstücke	460
II. Grundstücksgleiche Rechte	460
1. Wohnungs- und Teileigentum	460
2. Erbbaurechte	460

3. Heimstätten	460
4. Höfe	460
5. Schiffe und Schiffsbauwerke	461
C. Bewegliches Vermögen	
I. Bewegliche Sachen	461
II. Ansprüche (Forderungen)	461
1. Allgemeines	461
2. Ansprüche aus Arbeitseinkommen	462
3. Sozialleistungsansprüche	463
4. Bedingt pfändbare Ansprüche ohne Insolvenzbeschlagn	463
5. Versicherungsansprüche	465
6. Ansprüche in der Insolvenz der Handelsgesellschaften (ua)	465
7. Beschränkt pfändbare Ansprüche	466
8. Masseanfall von Forderungen unter Beachtung höchstpersönlicher Belange	466
9. Schmerzensgeldanspruch	466
10. Weitere Einzelfallansprüche	466
III. Sonstige Rechte	467
1. Dienstbarkeiten	467
2. Sicherungsrechte	468
3. Vorkaufs-, Wiederkaufs- und Wiederverkaufsrechte	469
4. Immaterialgüterrechte (Patente ua)	469
5. Anteils- und Mitgliedschaftsrechte	470
§ 26. Zuordnung und Ausgrenzung der Massegegenstände in Sonderfällen	
I. Allgemeines	471
II. Das Unternehmen des Schuldners	471
1. Allgemeines	471
2. Firma	471
3. Marken und Warenzeichen	472
4. Gewerbe genehmigungen	472
5. Geschäftsunterlagen	472
III. Die freiberufliche Praxis des Schuldners	472
IV. Gestaltungsrechte zur Ergänzung der Masse	474
1. Allgemeine Gestaltungsrechte des Schuldners	474
2. Insolvenzspezifische Gestaltungsrechte	474
3. Gesamtschaden der Gläubiger	474
4. Persönliche Gesellschafterhaftung	475
5. Verwertungs- und Nutzungsrechte an Gläubigersicherungsrechten	476
6. Allgemeine Prozessführungsbefugnis des Verwalters	476
V. Ausgrenzung der Insolvenzmasse bei konkurrierender Zwangsverwaltung	476
§ 27. Veränderung des Umfangs der Masse nach Verfahrenseröffnung	
I. Zuwachs (Neuerwerb ua)	476
II. Austausch	477
III. Verringerung	477
1. Allgemeines	477
2. Freigabe	477
§ 28. Streit über Massezugehörigkeit	478
§ 29. Gesamtgut bei Gütergemeinschaft	
I. Allgemeines	478
II. Gesamtgut bei Einzelverwaltung	479
III. Gesamtgut bei gemeinschaftlicher Verwaltung	479
IV. Gesamtgut bei fortgesetzter Gütergemeinschaft	480
V. Beendigung der Gütergemeinschaft	480

3. Abschnitt. Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung im Allgemeinen

§ 30. Auswirkungen auf den Schuldner

I. Unmittelbare Wirkungen	482
1. Berufsausübung, Ehrenämter	482
2. Verfahrensbedingte Pflichten und Grundrechtseinschränkungen	482
II. Mittelbare Wirkungen	486
III. Vermögensbezogene Auswirkungen	487
1. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	487
2. Besitzverhältnisse	487
3. Kaufmannseigenschaft	487
4. Arbeitgebereigenschaft	487
5. Wechselfähigkeit	487

§ 31. Materiell-rechtliche Folgen der Verfügungsbeschränkung

I. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte des Schuldners	488
1. Verpflichtungen des Schuldners	488
2. Verfügungen des Schuldners	488
3. Mehraktige Verfügungen (§§ 81, 91 InsO)	488
4. Unwirksamkeit von Verfügungen	489
5. Rechtserwerb an Massegegenständen nach Eröffnung	490
6. Einzelfälle zu §§ 81, 91 InsO	490
7. Verfügungen des Schuldners und öffentlicher Glaube des Grundbuchs	499
8. Verfügungen über künftige Bezüge	505
II. Leistungen an den Schuldner	505
1. Leistung in die Masse	505
2. Leistungen auf eingetragene Rechte	505
3. Andere Leistungen	506
4. Befreiende Leistung an den Schuldner	507
5. Leistung an Vertreter des Schuldners	507
III. Die Auswirkungen von Veräußerungsverboten	508
1. Gesetzliche relative Veräußerungsverbote	508
2. Gerichtliche relative Veräußerungsverbote	508
3. Behördliche relative Veräußerungsverbote	509
4. Absolute Veräußerungsverbote	509
5. Einzelfälle	509
6. Pfändung und Beschlagnahme in der Vollstreckung	511
IV. Der Schuldner als Erbe oder Vermächtnisnehmer	511
1. Anfall vor oder nach Insolvenzeröffnung	511
2. Testamentsvollstreckung	512

4. Abschnitt. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf Prozesse und Zwangsvollstreckungen

§ 32. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf schwebende Prozesse

I. Grundgedanke und Anwendungsbereich	513
1. Regelungsanliegen des § 240 ZPO	513
2. Allgemeine Voraussetzungen	514
3. Allgemeine Folgen der Unterbrechung	518
II. Teilungsmassestreit, § 85 InsO – Aktivprozesse	521
1. Anwendungsbereich und Parteirolle	521
2. Befugnisse des Insolvenzverwalters im Allgemeinen (Aufnahme und Ablehnung)	521
3. Aufnahme des Verfahrens im Einzelnen	522
4. Ablehnung der Verfahrensaufnahme	523
5. Zögern des Insolvenzverwalters, § 85 I 2 InsO	524
6. Verfahrensfragen	524

III. Passivprozesse – Anwendungsbereich: Teilungsmassegegenstreit und Schuldenmassestreit	525
1. Teilungsmassegegenstand – Anwendungsbereich und Beispiele	525
2. Aufnahme des Rechtsstreits	526
3. Anerkenntnis durch den Verwalter, § 86 II InsO	527
4. Schuldenmassestreit	528

§ 33. Zwangsvollstreckungen und Arreste

I. Verbot der Einzelvollstreckung	530
1. Voraussetzungen des Verbotes	530
2. Zwangsvollstreckung in künftige Forderungen	535
3. Wirkungen des Verbots	536
II. Zwangsvollstreckung bei Masseverbindlichkeiten	538
1. Normzweck	538
2. Anwendungsbereich	539
III. Rückschlagsperre	539
1. Normzweck	539
2. Betroffene Gläubiger	540
3. Betroffene Vollstreckungsmaßnahmen	540
4. Monatsfrist	541
5. Rechtsfolgen	541
6. Sonderregelungen	542

5. Abschnitt. Gegenseitige Verträge

§ 34. Grundlagen der Abwicklung schwebender Rechtsgeschäfte

I. Allgemeines	546
1. Ausgangslage	546
2. Problemstellung bei gegenseitigen Verträgen	546
3. Der vor Insolvenzeröffnung von beiden Seiten erfüllte gegenseitige Vertrag	546
II. Insolvenzeröffnung während der Abwicklung eines gegenseitigen Vertrages	547
1. Überblick	547
2. Der vor Insolvenzeröffnung von einer Seite voll erfüllte gegenseitige Vertrag	547
3. Der vor Insolvenzeröffnung von keiner Seite voll erfüllte gegenseitige Vertrag	547
III. Anwendungsbereich des § 103 InsO	549
1. Gegenseitige Verträge	549
2. Beschränkungen im Anwendungsbereich, §§ 104–128 InsO	550
3. Unanwendbarkeit des § 103 InsO	550
4. Begriff der vollständigen Erfüllung	551
IV. Konstruktives Verständnis des § 103 InsO	554
1. Problemstellung	554
2. Streitpunkte zu den Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung	555
3. Grundsatzurteil des BGH v. 11. 2. 1988: Erlöschenstheorie	556
4. Grundsatzurteil des BGH v. 25. 4. 2002 und neue dogmatische Grundlagen	556
5. Zusammenfassung der Grundsätze zur Abwicklung nach neuer Rechtslage (ohne Teilleistungen vor Insolvenzeröffnung)	558

§ 35. Erfüllung durch den Insolvenzverwalter und Nichterfüllung nach § 103 InsO

I. Ausübung des Wahlrechts	560
1. Grundsätze	560
2. Erklärung des Insolvenzverwalters	561
3. Schweigen des Insolvenzverwalters	563
4. Ausschluss und Beschränkung des Wahlrechts	564
5. Maßstab für die Wahlrechtsausübung	566
6. Anfechtung der Wahlrechtsausübung	567
7. Sondervorschriften in Eigenverwaltung und vereinfachtem Insolvenzverfahren	567

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Erfüllungsverlangen des Insolvenzverwalters	567
1. Rechtsfolgen	567
2. Art und Weise der Erfüllung	568
3. Teilleistungen vor Insolvenzeröffnung	568
III. Ablehnung der Erfüllung und unterlassene Wahlrechtsausübung durch den Insolvenzverwalter	570
1. Grundsätze	570
2. Ausschluss der Rückgabepflicht des Insolvenzverwalters nach § 105 S. 2 InsO	571
3. Der Nichterfüllungsanspruch des Vertragspartners, § 103 II 1 InsO	572
4. Teilleistungen	574
§ 36. Besonderheiten einzelner Vertragstypen	
I. Verträge über teilbare Leistungen (§ 105 InsO)	576
1. Anwendungsbereich	576
2. Rechtsfolgen	578
II. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	578
1. Ausgangslage	578
2. Insolvenz des Vorbehaltskäufers	580
3. Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers	582
4. Sonderformen des Eigentumsvorbehalts	583
III. Auftrag und Geschäftsbesorgung, §§ 115, 116 InsO	585
1. Anwendungsbereich	585
2. Rechtsfolgen	586
3. Notgeschäftsführung und Insolvenzzunkenntnis	587
4. Sanierungstreuhand	587
IV. Vollmachten, § 117 InsO	588
1. Anwendungsbereich und Rechtsfolge	588
2. Notgeschäftsführung und Insolvenzzunkenntnis	588
§ 37. Miete, Pacht- und ähnliche Schuldverhältnisse, §§ 108–112 InsO	
I. Anwendungsbereich	589
1. Bestehende Miet-, Pacht- und ähnliche Schuldverhältnisse	589
2. Überblick zur Rechtslage nach KO, GesO u InsO	591
II. Bewegliche Sachen und Rechte	592
1. Grundsätze (§ 103 InsO)	592
2. Insolvenz des Vermieters	592
3. Insolvenz des Mieters	593
4. Leasingvertrag über bewegliche Sachen	596
III. Unbewegliche Gegenstände und Räume	596
1. Grundsätze (§ 108 InsO)	596
2. Insolvenz des Mieters vor Gebrauchsüberlassung (§ 109 II InsO)	597
3. Insolvenz des Mieters nach Gebrauchsüberlassung (§ 109 I InsO)	598
4. Insolvenz des Vermieters	601
IV. Sonstige Beendigung des Vertrages während des Insolvenzverfahrens	603
§ 38. Einfluss der Insolvenzeröffnung auf sonstige Rechtsverhältnisse	
I. Fixgeschäfte und Finanzleistungen, § 104 InsO	603
1. Allgemeines	603
2. Fixgeschäfte	604
3. Finanzleistungen	604
4. Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung	605
II. Vorgemerkte Ansprüche, § 106 InsO	606
1. Ausgangslage	606
2. Die Verwirklichung des vorgemerkten Anspruchs im Insolvenzverfahren, § 106 I 1 InsO	606
3. Erweiterung der Insolvenzfestigkeit einer Vormerkung durch § 106 I 2 InsO	608

III. Sondervorschriften des Bürgerlichen Rechts	610
1. Allgemeines	610
2. Vereine und Stiftungen	610
3. Familienrecht	610
4. Verjährung	610
5. Versicherungsrecht	610
6. Verlagsvertrag	611
6. Abschnitt. Aussonderung, Absonderung, Aufrechnung	
§ 39. Massebereinigung von „fremden“ Vermögenswerten	
I. Gemeinsamer Regelungszweck	614
1. „Istmasse“ und „Sollmasse“	614
2. Aussonderung	614
3. Absonderung	614
4. Aufrechnung im Insolvenzverfahren	615
II. Vollrechte und Sicherungsrechte	615
§ 40. Aussonderung	
I. Begriff	617
1. Ansprüche auf Aussonderung	617
2. „Unechte“ Freigabe	617
3. Insolvenzfrees Vermögen des Schuldners	617
II. Aussonderungsfähige Rechte	617
1. Eigentum	617
2. Besitz	620
3. Erbschaftsanspruch	620
4. Beschränkte dingliche Rechte	620
5. Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrecht, Persönlichkeitsrechte	621
6. Forderungen	621
7. Obligatorische Herausgabeansprüche	622
8. Anfechtungsrechtlicher Rückgewähranspruch	623
9. Treuhandeigentum	623
10. Verträge für fremde Rechnung	631
11. Anhalterecht beim internationalen Warenkauf	634
III. Rechtsstellung des Ehegatten	636
1. Keine Haftung	636
2. Besondere Eigentumsvermutung für bewegliche Sachen	636
3. Gütergemeinschaft	637
IV. Durchsetzung der Aussonderung	637
1. Der Aussonderungsrechtsstreit	637
2. Sicherung des Aussonderungsgutes, Aufwendungsersatz und Ausgleichspflicht	640
3. Auskunft	641
4. Aussonderungsstop des Vorbehaltslieferanten	641
5. Aussonderung im Eröffnungsverfahren	641
§ 41. Ersatzaussonderung	
I. Zweck	642
II. Anwendungsbereich	643
1. Keine Wertvindikation	643
2. Leistung an den Insolvenzschuldner	643
3. Verfügungen des vorläufigen Insolvenzverwalters	643
4. Verfügungen des Insolvenzverwalters	644
5. Dingliche Surrogation	644

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Aussonderungsvoraussetzungen	644
1. Vereitelung eines Aussonderungsrechts	644
2. Unberechtigte Veräußerung	644
IV. Inhalt des Anspruchs	647
1. Abtretung des Gegenleistungsanspruchs	647
2. Herausgabe der erbrachten Gegenleistung	647
3. Herausgabe in der „Surrogationskette“? Zweite Ersatzaussonderung	649
4. Höhe des Anspruchs	649
§ 42. Absonderung	
I. Allgemeines	652
1. Das Pfandrecht als Prototyp	652
2. Keine vertragliche Erweiterung	652
3. Zeitpunkt des Bestehens	653
II. Allgemeine Absonderungsrechte	653
1. Rechte am Immobilienvermögen	653
2. Rechtsgeschäftliche Pfandrechte	658
3. Gesetzliche und Pfändungspfandrechte	662
4. Zurückbehaltungsrecht	664
5. Versicherung für fremde Rechnung und Haftpflichtansprüche	665
6. Gemeinschaftsforderungen	666
7. Zölle und Steuern	667
III. Gegenständlich beschränkte Vorrechte	667
IV. Der Rang der Absonderungsrechte	668
V. Die Ausfallhaftung	668
1. Verhältnis dinglicher und persönlicher Haftung	668
2. Ausfallhaftung	669
3. Verzicht auf das Absonderungsrecht	669
4. Nachweis des Ausfalls	670
5. Haftung von Gesamtschuldern	671
VI. Die Verwertung unbeweglicher Gegenstände	671
1. Antrag des Gläubigers	671
2. Antrag des Insolvenzverwalters	675
VII. Die Verwertung beweglicher Gegenstände und sonstiger Rechte	678
1. Allgemeines	678
2. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	678
3. Verwertung durch den Gläubiger	691
VIII. Eingriffe in Absonderungsrechte	693
1. Durch Insolvenzplan	693
2. Bei Restschuldbefreiung	694
3. Im Verbraucherinsolvenzverfahren	694
IX. Ersatzabsonderung	695
1. Unberechtigte Veräußerung belasteter Vermögensgegenstände	695
2. Unterschied zur Ersatzaussonderung	696
3. Grenzen der Ersatzabsonderung	696
X. Steuerliche Probleme	696
1. Einkommensteuerliche Fragen	696
2. Umsatzsteuerliche Fragen	697
3. Sonstige Steuerarten	699
§ 43. Mobiliarsicherheiten in der Insolvenz	
I. Eigentumsvorbehalt und Anwartschaftsrecht	704
1. Einfacher Eigentumsvorbehalt	704
2. Weitergeleiteter und nachgeschalteter Eigentumsvorbehalt	708
3. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	708
4. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	711
5. Leasing-Verträge über bewegliche Sachen	713

II. Sicherungseigentum	715
1. Einfache Sicherungsübereignung	715
2. Sicherungsübereignung von Vorbehaltsware	717
3. Verlängerte Sicherungsübereignung	718
4. Verlängerter Eigentumsvorbehalt bei Verarbeitung und Verbindung	718
III. Sicherungszessionen	719
1. Verlängerter Eigentumsvorbehalt – Vorausabtretung	719
2. Globalzession	722
3. Factoring	724
4. Andere Sicherungszessionen	726
5. Kollision mehrfacher Zessionen	726
IV. Verwertung der Mobiliarsicherheiten	726
V. Mobiliarsicherheiten im internationalen Warenverkehr	727
1. Geltung des jeweiligen Lagerechts	727
2. Eigentumsvorbehalt	727
3. Sicherungseigentum	727
4. Sicherungszessionen	728
5. Behandlung ausländischer Sicherungsrechte im Inland	728
§ 44. Der Sicherheiten-Pool	
I. Begriff und Rechtsnatur	729
1. Banken-Sicherheiten-Poolvertrag	730
2. Bassinvertrag	730
3. Miteigentümergeinschaft	730
4. Verwertungsgemeinschaft der Sicherungsgläubiger	731
5. Sicherheiten-Abgrenzungsvertrag	732
6. Vollmacht für einen Sicherheitenverwalter	733
7. Miteigentümergeinschaft mit dem Insolvenzschuldner	733
8. Verwertungsvereinbarungen mit dem Insolvenzverwalter	733
II. Bestimmtheitserfordernis als Grenze gemeinsamer Rechtsverfolgung	733
III. Rechtsverfolgung im Außenverhältnis	734
1. Beweiserleichterung für Miteigentümer	734
2. Einziehung abgetretener Forderungen	734
3. Umfang des Poolanteils	735
4. Schadensersatz	735
5. Geltung allgemeiner Regeln	735
IV. Unzulässige Verwertungsmaßnahmen des Pool	735
V. Innenverhältnis der Poolmitglieder	736
1. Freie Vereinbarung	736
2. Auslegungsregeln für die Verteilung im Innenverhältnis	736
VI. Verhältnis Pool – Insolvenzmasse	736
1. Auskunftspflicht	737
2. Wahl der Erfüllung	737
3. Verwertungsvereinbarungen mit dem Pool	737
4. Verwertungsgemeinschaft mit den Sicherungsgläubigern	738
5. Sicherheitspool im Insolvenzplan	738
§ 45. Die Aufrechnung in der Insolvenz	
I. Allgemeines	740
1. Fortgeltung der Selbstexekutionsbefugnis	740
2. Parallele zur Absonderung	740
II. Aufrechnungslage bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens	740
1. Wirksamkeit der Forderungen	741
2. Gegenseitigkeit der Forderungen	741
3. Gleichartigkeit der Forderungen	742
4. Fälligkeit	743

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

5. Aufrechnungsverbote	743
6. Aufrechnung kraft Vereinbarung	745
7. Die Aufrechnungserklärung und ihre Wirkung	746
III. Nachträglicher Eintritt der Aufrechnungslage	748
1. Keine Erweiterung der Aufrechnungsbefugnis durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens	748
2. Erhalt der Aufrechnungs„anwartschaft“	748
3. Fälligkeit der Forderungen	749
4. Bedingtheit der Forderungen	749
5. Gleichartigkeit der Forderungen	755
6. Sonderregeln für Dauerschuldverhältnisse	755
IV. Gesetzlicher Ausschluss der Aufrechnung	756
1. Grundgedanken	756
2. Wirkung	756
3. Erwerb der Schuldnerstellung nach Verfahrenseröffnung	756
4. Erwerb der Gläubigerstellung nach Verfahrenseröffnung	759
5. Anfechtbarer Erwerb der Aufrechnungslage	761
6. Aufrechnung mit einer gegen das insolvenzfremde Vermögen des Schuldners gerichteten Forderung	762
7. Verrechnung in Zahlungssystemen	763
V. Aufrechnung durch den Insolvenzverwalter	763
1. Anlass	763
2. Partielle Geltung der Insolvenzregeln	763
VI. Aufrechnung durch Massegläubiger	764
VII. Steuerliche Probleme	764

7. Abschnitt. Insolvenzanfechtung

§ 46. Grundlagen der Anfechtung nach der Insolvenzordnung

I. Allgemeines	773
1. Zweck der insolvenzrechtlichen Anfechtung	773
2. Die Anfechtungsvorschriften der Insolvenzordnung im Überblick und ihr Verhältnis zueinander	774
3. Abgrenzungen der Insolvenzanfechtung zu rechtsähnlichen Tatbeständen	775
4. Verhältnis zwischen Insolvenzanfechtung und Aufrechnung	776
5. Systematik der Insolvenzanfechtung	777
II. Übergangsrecht und Insolvenzanfechtung bei Auslandsbezug	778
1. Anfechtung nach KO bzw. GesO und InsO	778
2. Bestandsschutz für vor dem 1. Januar 1999 vorgenommene Rechtshandlungen	778
3. Insolvenzanfechtung bei Auslandsbezug	778
III. Anfechtbarkeit von Rechtshandlungen	779
1. Begriff und Vornahme	779
2. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit	781
3. Mittelbare Zuwendungen	781
4. Rechtshandlungen Dritter	783
5. Rechtshandlungen anderer Personen	784
6. Mehraktige Rechtshandlungen	785
7. Rechtshandlungen nach Insolvenzeröffnung	788
8. Teilanfechtung	789
9. Grund- und Erfüllungsgeschäft	790
10. Anfechtungsfristen	790
11. Unanfechtbare Rechtshandlungen	792
IV. Gläubigerbenachteiligung	794
1. Grundsätze	794
2. Fehlen einer objektiven Gläubigerbenachteiligung	797
3. Bezugspunkt:	800
4. Art der Gläubigerbenachteiligung	801

5. Vorteilsausgleichung, Vorteilsanrechnung	803
6. Hypothetische Kausalverkäufe	803
V. Bargeschäfte	804
1. Entwicklung des Begriffs und Rechtslage nach KO und GesO	804
2. Rechtslage nach § 142 InsO	805
VI. Prüfungsschema für Anfechtungsanspruch	808
§ 47. Die „besondere Insolvenzanfechtung“ (§§ 130–132 InsO)	
I. Allgemeines	811
1. Zweck der „besonderen Insolvenzanfechtung“	811
2. Die Anfechtungsvorschriften im Überblick	811
3. Überblick zu den entsprechenden Tatbeständen in KO und GesO	811
4. Die Krise	812
II. Kongruente Deckungsanfechtung, § 130 InsO	816
1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO	816
2. Anfechtbare Rechtshandlungen (§ 130 I 1 InsO).....	817
3. Unanfechtbare Rechtshandlungen (§ 130 I 2 InsO).....	818
4. Kongruente Deckung	818
5. Krise	820
6. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	821
7. Subjektiver Tatbestand	821
8. Beweislast	822
9. Wechsel- und Scheckzahlungen	823
III. Inkongruente Deckungsanfechtung, § 131 InsO	824
1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO	824
2. Anfechtbare Rechtshandlungen	825
3. Inkongruente Deckung	825
4. Krise	832
5. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	833
6. Subjektiver Tatbestand	833
7. Beweislast	834
8. Verhältnis zu anderen Anfechtungstatbeständen	834
IV. Unmittelbar nachteilige Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen des Schuldners, § 132 InsO	835
1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO	835
2. Anfechtbare Rechtshandlungen	835
3. Krise	837
4. Gläubigerbenachteiligung	837
5. Subjektiver Tatbestand	838
6. Beweislast	838
§ 48. Die Vorsatzanfechtung (§ 133 InsO)	
I. Allgemeines	838
II. Der Grundbestand des § 133 I InsO	839
1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO	839
2. Rechtshandlungen des Schuldners	839
3. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	840
4. Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	840
5. Kenntnis des anderen Teils	845
6. Beweislast	848
III. Entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen (§ 133 II InsO)	848
1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO	848
2. Entgeltliche Verträge	849
3. Nahestehende Personen (§ 138 InsO)	849
4. Übermittelbare Gläubigerbenachteiligung	850
5. Subjektiver Tatbestand	850
6. Beweislast	850

§ 49. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen („Schenkungsanfechtung“), § 134 InsO

- I. Allgemeines 851
- II. Tatbestand 852
 - 1. Überblick und Vergleich zur Rechtslage nach KO und GesO 852
 - 2. Anwendungsbereich des § 134 I InsO 852
 - 3. Gebräuchliches Gelegenheitsgeschenk 853
 - 4. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung 853
 - 5. Subjektiver Tatbestand 854
 - 6. Beweislast 854
- III. Unentgeltliche Leistung 854
 - 1. Begriff 854
 - 2. Abgrenzung der entgeltlichen von der unentgeltlichen Leistung 855
 - 3. Teilweise Unentgeltlichkeit („gemischte/verschleierte Schenkung“) 858
 - 4. Schenkungen in Vollziehung eines Schenkungsversprechens 858

§ 50. Kapitalerhaltende Anfechtung (§§ 135, 136 InsO)

- I. Überblick über die Anfechtungstatbestände 859
 - 1. Rechtslage nach KO 859
 - 2. Rechtslage nach GesO 859
 - 3. Rechtslage nach InsO 859
- II. Eigenkapitalersetzende Darlehen, § 135 InsO 860
 - 1. Anwendungsbereich 860
 - 2. Die Anfechtung von Sicherungen, § 135 Nr 1 InsO 862
 - 3. Die Anfechtung von Befriedigungen, § 135 Nr 2 InsO 863
 - 4. Weitere Anfechtungsvoraussetzungen 863
 - 5. Beweislast 863
- III. Einlage eines stillen Gesellschafters, § 136 InsO 864
 - 1. Anwendungsbereich 864
 - 2. Anfechtungstatbestand 864
 - 3. Weitere Anfechtungsvoraussetzungen 865
 - 4. Beweislast 865

§ 51. Die Geltendmachung der Anfechtung

- I. Ausübung des Anfechtungsrechts 866
 - 1. Anfechtungsberechtigung des Insolvenzverwalters im Regelsolvenzverfahren 866
 - 2. Anfechtungsberechtigung in anderen Verfahrensarten 869
 - 3. Einfluss der Insolvenzeröffnung auf die Gläubigeranfechtung nach dem AnFG 870
- II. Geltendmachung der Anfechtung 872
 - 1. Gerichtliche Geltendmachung 872
 - 2. Vorbereitung der Anfechtungsklage 872
 - 3. Anfechtungsklage 876
 - 4. Prozesskostenhilfe 879
- III. Zeitliche Begrenzung des Anfechtungsanspruchs 879
 - 1. Ausschlussfrist nach KO und GesO 879
 - 2. Verjährungsfrist nach InsO und Übergangsrecht 879
 - 3. Abgrenzung zu den Anfechtungsfristen 880
- IV. Verjährung des Anfechtungsanspruchs 880
 - 1. Verjährungsfrist 880
 - 2. Wahrung der Verjährungsfrist 883
 - 3. Leistungsverweigerungsrecht, § 146 II InsO 885
- V. Anfechtungsgegner 885
 - 1. Regelfall 885
 - 2. Mittelbare Zuwendung 886
 - 3. Anfechtung gegen Gesamtrechtsnachfolger 886

4. Anfechtung gegen sonstige Rechtsnachfolger, § 145 II InsO	887
5. Anfechtung gegenüber der Bundesagentur für Arbeit	889
§ 52. Rechtsfolgen der Anfechtung	
I. Wesen und Wirkung der Anfechtung	890
1. Die schuldrechtliche Theorie	890
2. Abweichende Auffassungen	892
3. Bewertung	892
II. Der Anspruch auf Rückgewähr, § 143 I InsO	893
1. Ausgangspunkt	893
2. Rückgewähr in Natur, (Primäranspruch) § 143 I 1 InsO	893
3. Wertersatzanspruch, (Sekundäranspruch) § 143 I 2 InsO	894
4. Umfang der Rückgewähr/Verweisung auf die Regeln der verschärften Bereicherungshaftung (§ 143 I 2 InsO)	895
5. Mittelbare Zuwendungen	895
6. Sicherung des Anspruchs	896
7. Haftungserweiterung durch unerlaubte Handlung und Verzug	896
III. Haftungsprivileg des § 143 II InsO	896
1. Voraussetzungen, § 143 II 1 InsO	896
2. Wegfall der Privilegierung, § 143 II 2 InsO	896
IV. Ansprüche des Anfechtungsgegners	897
1. Schicksal der Gegenleistung, § 144 II InsO	897
2. Wiederaufleben einer Forderung, § 144 I InsO	898
8. Abschnitt. Die Befriedigung der Massegläubiger	
§ 53. Allgemeines	900
§ 54. Vorwegbefriedigung	901
§ 55. Kosten des Insolvenzverfahrens	
I. Allgemeines	901
II. Gerichtskosten	902
III. Vergütung und Auslagen des Verwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses ...	902
§ 56. Sonstige Masseverbindlichkeiten	
I. Allgemeines	902
II. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr. 1 InsO	903
1. Masseverbindlichkeiten „durch Handlungen“ des Verwalters	903
2. Masseverbindlichkeiten „in anderer Weise“	904
III. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr. 2 InsO	906
1. Allgemeines	906
2. Masseverbindlichkeiten auf Grund Erfüllungsverlangens	906
3. Masseverbindlichkeiten auf Grund gesetzlichen Erfüllungszwangs	906
IV. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr. 3 InsO	910
1. Voraussetzungen	910
2. Anspruchskonkurrenz	911
§ 57. Zusätzliche Masseverbindlichkeiten	
I. Bei Absonderung	912
II. Aus Sozialplan	912
III. Prozesskosten der Gläubiger	912
IV. Bei Gesellschaftsauflösung	912
V. Bei Betriebsveräußerung unter Wert	912
VI. In der Nachlassinsolvenz	912
VII. Bei fortgesetzter Gütergemeinschaft	913
VIII. Schuldnerunterhalt	913

§ 58. Die Befriedigung der Massegläubiger	
I. Prüfung und Anerkennung	913
II. Geltendmachung und Regulierung	914
1. Geltendmachung	914
2. Regulierung	914
III. Inanspruchnahme des Schuldners	916
§ 59. Die Befriedigung der Massegläubiger bei Massearmut	
I. Allgemeines	917
II. Die Befriedigung bei weitgehender Masselosigkeit	917
III. Die Befriedigung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	917
IV. Der Einwand der Massearmut im Masseprozess	918
§ 60. Steuerforderungen als sonstige Masseverbindlichkeiten	918
9. Abschnitt. Die Befriedigung der Insolvenzgläubiger	
§ 61. Die Rangordnung der Insolvenzgläubiger	920
§ 62. Steuerforderungen als Insolvenzforderungen	
I. Einordnung der Steuerforderungen	922
II. Nicht fällige und nicht entstandene Steuerforderungen	923
III. Steuerliche Nebenleistungen, Geldstrafen und -bußen	924
§ 63. Forderungsanmeldung und Verfahren bis zum Prüfungstermin	
I. Anmeldeverfahren	925
1. Anmeldepflicht	925
2. Inhalt der Anmeldung	925
3. Form der Anmeldung	926
4. Adressat	926
5. Behandlung beim Verwalter	927
6. Die Eintragung in die Tabelle	927
7. Einsichtsrecht der Beteiligten	929
8. Rücknahme von Anmeldungen	929
II. Das Verfahren bis zum Prüfungstermin	930
1. Die Vorbereitung des Prüfungstermins	930
2. Nachträgliche Anmeldungen	930
§ 64. Der Prüfungstermin und seine Ergebnisse	
I. Forderungsfeststellung	933
II. Widerspruch	933
1. Widerspruchsberechtigte	933
2. Form	934
3. Vorläufiges Bestreiten	934
4. Rücknahme des Widerspruchs	935
5. Widerspruch des Schuldners	935
6. Beseitigung der Widersprüche	935
7. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	935
III. Tabelleneintragungen	936
IV. Feststellungswirkungen	937
1. Nichttitulierte Forderungen	937
2. Titulierte Forderungen	937
3. Feststellungswirkung bei Nichtinsolvenzforderungen	938
4. Rechtsbehelfe gegen festgestellte Forderungen	938
V. Verfolgung bestrittener Forderungen	939
1. Nicht titulierte Forderungen	939
2. Titulierte Forderungen	941

3. Tabellenberichtigungen	941
4. Kosten des Feststellungsstreites	942
VI. Besonderheiten bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus vorsätzlicher unerlaubter Handlung.....	942
1. Bedeutung.....	942
2. Forderungsanmeldung.....	943
3. Vorlage der Tabelle	943
4. Gerichtliche Belehrung.....	943
5. Forderungsfeststellung.....	943
§ 65. Die Verteilungen	
I. Die Abschlagsverteilung	945
1. Zeitliche Zulässigkeit	945
2. Verfahren	946
II. Die Schlussverteilung	947
1. Voraussetzungen	947
2. Schlussbericht	948
3. Schlussrechnung	949
4. Schlussverzeichnis	950
5. Durchführung der Verteilung	953
6. Übersicht	954
III. Der Schlusstermin	955
1. Anberaumung, Bekanntmachung	955
2. Gegenstände des Schlusstermins	955
IV. Die Nachtragsverteilung	956
1. Begriff	956
2. Einzelne Fälle	956
3. Anordnung	957
4. Durchführung	957
5. Insolvenzbeschlagnahme in der Nachtragsverteilung	958

10. Abschnitt. Das Insolvenzplanverfahren

§ 66. Das Planverfahren und seine Stellung in der Insolvenzordnung	
I. Sinn und Zweck des Insolvenzplans	961
II. Die allgemeinen Grundsätze der Insolvenzordnung und das Insolvenzplanverfahren	962
1. Marktkonformes Insolvenzverfahren	962
2. Vermögensorientierung	962
3. Gleichrang von Liquidation, übertragender Sanierung und Sanierung	962
4. Deregulierung	963
5. Einbindung der dinglichen Gläubiger	963
6. Mehrheitsprinzip und „pareto optimum“	963
7. „Par condition creditorum“ – Gleichbehandlungsgrundsatz und Planverfahren	964
III. Die Rechtsnatur des Insolvenzplans	965
IV. Die verfahrensrechtlichen Grundsätze des Insolvenzplanverfahrens	967
§ 67. Anforderungen an den Insolvenzplan	
I. Gesetzliche Anforderungen	969
1. Formelle Fragen – Zulässigkeitsprobleme	969
2. Forderung des Gesetzes: Gruppenbildung	978
II. Inhaltliche Anforderungen	983
1. Formelle Anforderungen	983
2. Materielle Anforderungen	986
§ 68. Der Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	
I. Vor Beginn des Verfahrens: Der „prepackaged plan“	990
II. Planeinreichung und Vorprüfungsverfahren	991

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Zurückweisung des Plans von Amts wegen	992
1. Verstoß gegen Vorschriften über Vorlagerecht oder Inhalt	992
2. Schuldnerplan	993
IV. Die Aussetzung der Verwertung	994
V. Die Niederlegung des Plans	995
VI. Der Erörterungs- und Abstimmungstermin	996
1. Ablauf	996
2. Änderung des Plans	997
3. Einzelne Regelungen	997
4. Stimmrechtszuteilung	998
5. Stimmliste	1000
6. Gesonderte Abstimmung und schriftliche Abstimmung	1000
7. Mehrheiten	1000
VII. Obstruktionsverbot	1001
1. Mehrheitsentscheidung oder Pareto-Prinzip	1001
2. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO	1004
3. Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger und des Schuldners	1012
VIII. Die Bestätigung des Plans und die Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1014
1. Bestätigung oder Versagung der Bestätigung von Amts wegen	1014
2. Bestätigung des bedingten Plans	1016
3. Minderheitenschutz	1016
4. Aufhebung des Verfahrens	1018
§ 69. Die Wirkungen des Planes	
I. Grundkonzept	1019
II. Bürgen und Sicherheiten	1020
III. Naturalobligation	1020
IV. Wiederauflebensklausel	1021
V. Vollstreckung aus dem Plan	1022
VI. Steuerliche Folgen des Insolvenzplanes	1023
§ 70. Die Überwachung der Abwicklung des Insolvenzplans	
I. Anwendungsbereich	1024
II. Die Person des Überwachenden	1026
1. Verwalter	1026
2. Dritte als Sachwalter	1026
III. Dauer der Überwachung	1026
§ 71. Der Kreditrahmen	
I. Funktion und Voraussetzung	1026
II. Wirkung	1027
III. Begrenzung des Umfangs der Kreditrahmenkreditierung	1028
1. Vermögenswerte beim Wirksamwerden des Plans	1028
2. Bewertung zu Fortführungswerten	1028
IV. Kreditgläubiger	1029
V. Zeitliche Begrenzung des Nachrangs von Insolvenzgläubiger und Neugläubiger	1029
§ 72. Eigenverwaltung im Insolvenzplanverfahren	1029
§ 73. Struktureller Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens	1030
11. Abschnitt. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens	
§ 74. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	
I. Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	1034
1. Voraussetzungen	1034
2. Wirkungen	1034

II. Einstellungen des Verfahrens	1035
1. Einstellung mangels kostendeckender Masse	1035
2. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	1037
3. Der Einwand der Masselosigkeit oder Masseunzulänglichkeit im Masseprozess	1043
4. Einstellung wegen Wegfall des Eröffnungsgrundes	1044
5. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	1045
§ 75. Aufhebung des Verfahrens nach Durchführung	
I. Aufhebung nach Schlussverteilung	1047
1. Voraussetzung	1047
2. Verfahren	1047
3. Wirkungen	1048
4. Nachtragsverteilung	1049
II. Aufhebung nach Bestätigung des Insolvenzplans	1049
1. Voraussetzungen	1049
2. Verfahren	1049
3. Wirkungen	1050
III. Aufhebung in der Verbraucherinsolvenz	1050
IV. Aufhebung nach Versagung oder Ankündigung der Restschuldbefreiung	1050
1. Voraussetzungen	1050
2. Wirkungen	1051
V. Anhang: Geschäftsunterlagen	1051

Kapitel IV. Restschuldbefreiung

§ 76. Einführung eines neuen Rechtsinstituts

I. Frühere Rechtslage	1056
II. Rechtspolitische Forderungen	1056
1. Reformdiskussion in Deutschland	1056
2. Ausländische Rechtsordnungen	1057
III. Restschuldbefreiung in der Insolvenzordnung	1061
1. Streit um Insolvenzordnung als Regelungsstandort	1061
2. Konzeption der Neuregelungen	1063
3. Kurzüberblick über die Regelungen zur Restschuldbefreiung	1064
IV. Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 26. Oktober 2001 ...	1065

§ 77. Zugang zu der sechsjährigen Wohlverhaltensphase

I. Allgemeines	1065
II. Insolvenzverfahren als Voraussetzung	1066
1. Voreigenschaft des Insolvenzverfahrens	1066
2. Masselosigkeit	1066
III. Antragstellung	1066
1. Schuldnerantrag	1066
2. Unterhaltsrechtliche Obliegenheit zur Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens mit dem Ziel der Restschuldbefreiung	1067
3. Unverzichtbares Recht	1068
4. Form und Zeitpunkt der Antragstellung	1068
5. Abtretungserklärung	1069
IV. Versagungsmöglichkeiten im Vorfeld der sechsjährigen Wohlverhaltensphase	1070
1. Grundlegendes	1070
2. Versagungsgründe	1070
3. Verfahren und Entscheidung	1073

§ 78. Die sechsjährige Wohlverhaltensphase

I. Ankündigung der Restschuldbefreiung	1075
--	------

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Der pfändbare Teil des Arbeitseinkommens	1076
1. Wirkung der Abtretung	1076
2. Lohnpfändungen	1076
3. Gleichbehandlungsgrundsatz	1077
4. Steigender Selbstbehalt	1077
5. Existenzminimum	1078
III. Obliegenheiten	1079
1. Allgemeines	1079
2. Einzelne Obliegenheiten	1080
3. Versagungsmöglichkeit während der sechsjährigen Wohlverhaltensphase	1081
IV. „Null-Fälle“	1081
V. Treuhänder	1083
1. Allgemeines	1083
2. Person und Rechtsstellung	1084
3. Aufgaben	1084
4. Vergütung	1085
§ 79. Erteilung der Restschuldbefreiung	
I. Entscheidung	1086
II. Wirkung der Restschuldbefreiung	1087
1. Wirkung für den Schuldner	1087
2. Bürgen und Mitschuldner	1088
III. Widerrufsmöglichkeit	1090
IV. Steuerliche Fragen der Restschuldbefreiung	1090
§ 80. Übergangsregelungen	1091
I. Übergangsregelungen zum Inkrafttreten der Insolvenzordnung	1091
II. Übergangsregelungen zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Gesetze	1092

Kapitel V. Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren

§ 81. Einführung eines neuen Verfahrens	
I. Frühere Rechtslage	1097
II. Regierungsentwurf einer Insolvenzordnung	1098
III. Rechtspolitische Forderungen	1098
IV. Sachzwänge	1099
V. Das neue Verbraucherinsolvenzverfahren	1100
1. Konzeption der Neuregelungen	1100
2. Gesetz zur Änderung der Insolvenzordnung und anderer Gesetze vom 26. Oktober 2001	1102
3. Anwendungsbereich	1103
4. Kurzübersicht über das neue Verfahren	1104
§ 82. Außergerichtlicher Einigungsversuch	
I. Allgemeines	1105
II. Inhalt des außergerichtlichen Einigungsversuchs	1107
III. Die sogenannten „Null-Pläne“	1108
IV. Steuerforderungen und außergerichtliche Schuldenbereinigung	1110
V. Schuldnerberatungsstellen	1110
1. Geeignete Person oder Stelle im Sinne von § 305 I Nr 1	1110
2. Notwendigkeit der Hilfe für den Schuldner	1111
3. „Faktische Kraft des Normativen“	1112
VI. Scheitern der außergerichtlichen Schuldenbereinigung	1113

§ 83. Gerichtliches Einigungsverfahren

I. Einleitung des Verfahrens	1113
1. Schuldnerantrag	1113
2. Mitwirkung der Gläubiger	1115
3. Verfahrensablauf	1116
4. Gläubigerantrag	1117
II. Vorlage des Schuldenbereinigungsplans	1119
1. Allgemeines	1119
2. Inhalt des Schuldenbereinigungsplans	1120
3. Spezielle Regelungsmöglichkeiten	1121
4. Die sogenannten „Null-Pläne“	1122
III. Zustandekommen des Schuldenbereinigungsplans	1123
1. Notwendigkeit der Zustimmung durch die Gläubiger	1123
2. Ausdrückliche oder konkludente Zustimmung	1123
3. Ersetzen der Zustimmung	1124
4. Feststellung des Zustandekommens	1126
IV. Wirkung des Schuldenbereinigungsplans	1127
1. Im Zivilrecht	1127
2. Im Steuerrecht	1127

§ 84. Vereinfachtes Insolvenzverfahren

I. Allgemeines	1128
II. Verfahrensvereinfachungen	1128
1. Termine	1128
2. Möglichkeit des schriftlichen Verfahrens	1129
3. Keine Eigenverwaltung	1129
4. Kein Insolvenzplan	1129
5. Treuhänder als Verwalter	1129
6. Anfechtung von Rechtshandlungen	1129
7. Verwertung	1130
8. Vereinfachte Bekanntmachungen	1131
III. Vereinfachte Verteilung	1131
1. Bedeutung	1131
2. Verfahren	1131
3. Mitwirkung des Schuldners	1131
IV. Ausdehnung der Rückschlagsperre	1131

§ 85. Prozesskostenhilfe und Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens

I. Prozesskostenhilfe	1132
1. Rechtspolitische Forderungen	1132
2. Früheres Recht	1133
3. Zu den Regelungen in der Insolvenzordnung in ihrer ursprünglichen Fassung	1134
II. Stundung der Verfahrenskosten	1135
1. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	1135
2. Kurzübersicht über die Neuregelungen	1136
3. Begünstigter Personenkreis	1137
4. Wirkung der Stundung	1138
5. Beiordnung eines Rechtsanwalts	1139
6. Aufhebung der Stundung	1140
7. Rechtsmittel	1142

Kapitel VI. Eigenverwaltung des Schuldners

4

§ 86. Die Eigenverwaltung im System der Insolvenzordnung

I. Einführung	1146
II. Überblick über die gesetzliche Regelung	1147

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Gesetzliche Vorbilder des Rechtsinstituts der Eigenverwaltung	1148
1. Vergleichsordnung	1148
2. US-amerikanisches Recht	1149
3. Zwangsverwaltung gem. § 150b ZVG	1150
IV. Zweck der Eigenverwaltung	1150
§ 87. Anordnung der Eigenverwaltung	
I. Einführung	1152
II. Die Anordnung nach § 270 I 1 InsO	1153
1. Der Antrag auf Eigenverwaltung	1153
2. Zustimmung des antragstellenden Gläubigers	1155
3. Prognose nach § 270 II Nr. 3 InsO	1156
4. Die Entscheidung des Gerichts	1161
5. Rechtsmittel	1164
III. Die Anordnung nach § 271 InsO	1165
1. Der Antrag auf Eigenverwaltung	1166
2. Der Antrag der Gläubigerversammlung	1166
3. Die Entscheidung des Gerichts	1167
§ 88. Aufhebung der Eigenverwaltung	
I. Voraussetzungen	1168
1. Antrag der Gläubigerversammlung	1168
2. Gläubigerantrag	1168
3. Schuldnerantrag	1169
II. Entscheidung und Rechtsfolgen	1169
§ 89. Rechtsstellung von und Aufgabenteilung zwischen Schuldner und Sachwalter	
I. Der Schuldner	1170
1. Rechtsstellung	1170
2. Befugnisse und Pflichten des Schuldners	1171
3. Folgen bei Pflichtverletzung	1174
4. Die Gesellschaft in der Eigenverwaltung	1174
II. Der Sachwalter	1180
1. Rechtsstellung	1180
2. Aufgaben des Sachwalters	1181
§ 90. Praktische Bedeutung der Eigenverwaltung	1183

Kapitel VII. Besonderheiten der Gesellschaftsinsolvenz

§ 91. Insolvenzrecht und Gesellschaftsrecht	
I. Rechtstatsächliches	1188
1. Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik	1188
2. Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa	1189
II. Insolvenzordnung und Gesellschaftsrecht	1191
1. Schutz Dritter vor den Auswirkungen insolvenzbedrohter unternehmerischer Aktivität	1192
2. Insolvenzgesellschaftsrecht	1196
§ 92. Die GmbH in der Insolvenz	
I. Rechtstatsächliches	1211
II. Gesellschaftsrechtliches Frühwarnsystem im Vorfeld der Insolvenz – gesellschaftsrecht- liche Instrumente zur Abwendung der Krise	1212
1. Das gesellschaftsrechtliche „Frühwarnsystem“	1212
2. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung (§§ 58 a ff GmbHG) als ein (vorbereitendes) Instrument zur Krisenbewältigung	1213

3. Haftungsrisiken für den Gesellschafter im Rahmen außergerichtlicher Sanierungsverhandlungen	1216
4. Haftungsrisiken des Geschäftsführers im Rahmen außergerichtlicher Sanierungen	1221
III. Die Insolvenzfähigkeit	1222
IV. Die Insolvenzgründe	1223
V. Der Insolvenzantrag	1223
1. Das antragsberechtigte Organ	1223
2. Die Rücknahme des Insolvenzantrags	1228
3. Die Pflicht zur Stellung des Antrags	1229
4. Haftungsrechtliche Folgen bei verspäteter Antragstellung	1235
5. Folgen bei „verfrühter“ Antragstellung	1259
VI. Stellung und Pflichten des Geschäftsführers bis zur Verfahrenseröffnung	1261
1. Die Stellung des Geschäftsführers	1261
2. Die unternehmerischen Pflichten des Geschäftsführers	1263
3. Die verfahrensrechtlichen Rechte und Pflichten im Insolvenzeröffnungsverfahren	1285
4. Auswirkungen der Sicherungsanordnungen auf den Aufgaben- und Pflichtenkreis des Geschäftsführer	1289
VII. Wirkungen der Verfahrenseröffnung bzw der Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse	1291
1. Eröffnungsvoraussetzungen	1291
2. Die Ablehnung der Verfahrenseröffnung mangels Masse	1296
3. Die Verfahrenseröffnung	1307
VIII. Die Insolvenzmasse	1324
1. Die Firma	1325
2. Einlageversprechen	1326
3. Nachschüsse	1329
4. Sonstige Leistungsversprechen	1330
5. Ansprüche im Zusammenhang mit der GmbH-Gründung	1332
6. Ansprüche wegen Verletzung der Kapitalerhaltungsregeln	1334
7. Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistungen	1335
8. Ansprüche wegen Missmanagement	1378
9. Gesamt(-gläubiger-)schäden	1386
10. Finanzplankredite	1393
11. Beteiligungen	1396
IX. Abschluss des Insolvenzverfahrens, Vollbeendigung der Gesellschaft, Nachtragsverteilung und Fortsetzung der Gesellschaft	1398
1. Fehlende Massekostendeckung	1398
2. Masseunzulänglichkeit	1399
3. Überschuss bei Schlussverteilung	1401
4. Fortsetzung der Gesellschaft nach Abschluss des Insolvenzverfahrens	1402
X. Rechtslage vor Eintragung der GmbH	1402
1. Verhältnisse vor Abschluss des Gesellschaftsvertrags (Vorgründungsgesellschaft)	1402
2. Die Vor-GmbH	1403
XI. Die aufgelöste GmbH	1409

§ 93. Sonstige Juristische Personen in der Insolvenz

I. Die Aktiengesellschaft	1411
1. Rechtstatsächliches	1411
2. Die Insolvenzfähigkeit	1412
3. Die Insolvenzgründe	1412
4. Das Insolvenzantragsrecht	1412
5. Die Insolvenzantragspflicht	1413
6. Sonstige Pflichten	1414
7. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1415
8. Die Insolvenzmasse	1418

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

9. Insolvente AG und Kapitalmarkt	1421
10. Besonderheiten bei der KGaA	1425
II. Die Genossenschaft	1425
1. Rechtstatsächliches	1425
2. Die Insolvenzfähigkeit	1426
3. Die Insolvenzgründe	1426
4. Das Insolvenzantragsrecht	1427
5. Die Insolvenzantragspflicht	1427
6. Sonstige Pflichten	1428
7. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1428
8. Die Insolvenzmasse	1431
9. Die Nachschusspflicht der Genossen	1431
10. Beendigung des Verfahrens	1434
11. Fortsetzung der Genossenschaft	1434
III. Der rechtsfähige Verein	1435
1. Rechtstatsächliches	1435
2. Die Insolvenzfähigkeit	1435
3. Die Insolvenzgründe	1437
4. Das Insolvenzantragsrecht	1437
5. Die Insolvenzantragspflicht	1437
6. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1439
7. Die Insolvenzmasse	1444
8. Abschluss des Verfahrens und Vollbeendigung des Vereins	1452
9. Abschluss des Verfahrens und Fortsetzung des Vereins	1453
IV. Der nichtrechtsfähige Verein	1454
1. Die Insolvenzfähigkeit	1454
2. Die Insolvenzgründe	1455
3. Antragsrecht und Antragspflicht	1456
4. Insolvenzmasse	1456
V. Die Stiftung	1456
VI. Die Europäische Aktiengesellschaft	1457
VII. Die Europäische Genossenschaft	1457
VIII. Branchenspezifische Sondervorschriften	1457
1. Versicherungsunternehmen	1457
2. Kreditinstitute	1458
3. Kapitalanlagegesellschaften	1458
IX. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	1459

§ 94. Insolvenz der Personengesellschaften

I. OHG und KG	1461
1. Rechtstatsächliches	1462
2. Gesetzestypische und kapitalistische Personenhandelsgesellschaften	1463
3. Unterscheidung von Gesellschafts- und Gesellschafterinsolvenz	1463
4. Die Insolvenz der Gesellschaft	1464
5. Die Insolvenz des Gesellschafters	1496
6. Die Insolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter	1500
II. Die Partnerschaftsgesellschaft	1504
III. Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	1504
IV. BGB-Gesellschaft	1505
1. Allgemeines	1505
2. Insolvenzfähigkeit	1505
3. Die Insolvenzgründe	1506
4. Antragsrecht und Antragspflicht	1506
5. Eröffnung, Abwicklung, Beendigung des Insolvenzverfahrens	1507
6. Gesellschafterinsolvenz	1508

V. Stille Gesellschaft	1508
1. Allgemeines	1508
2. Die Insolvenz über das Vermögen des Geschäftsinhabers	1508
3. Die Insolvenz des stillen Gesellschafters	1512
§ 95. Konzern und Insolvenz	
I. Rechtstatsächliches	1513
II. Kein Konzerninsolvenzverfahren	1514
1. Trennungsprinzip	1514
2. Vor- und Nachteile des Trennungsprinzips	1514
III. Insolvenz und Unternehmensverträge	1515
1. Schicksal von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	1515
2. Sonstige Folgen im Insolvenzverfahren über das abhängige Unternehmen	1517
3. Sonstige Folgen im Insolvenzverfahren über das herrschende Unternehmen	1519
IV. Faktische Konzernierung	1520
1. Faktischer Konzern	1520
2. Qualifiziert faktischer Konzern	1521
§ 96. Steuerliche Besonderheiten der Gesellschaftsinsolvenz	
I. Körperschaftsteuer in der Insolvenz der juristischen Person	1523
II. Steuerliche Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Personengesellschaft	1525

Kapitel VIII. Die Stellung der Banken

§ 97. Kreditgeschäft bei Insolvenz	
I. Allgemeines	1530
II. Kreditgeschäft in der Krise	1530
1. Neue Kredite	1530
2. Kündigung	1533
3. Stillhalten	1535
III. Kredite im Insolvenzantragsverfahren	1536
IV. Kredite im Insolvenzverfahren	1537
1. Zugesagte und ausgezahlte Kredite	1537
2. Aufnahme neuer Kredite	1537
V. Kredite im Planverfahren	1537
1. Kredite im eröffneten Verfahren	1537
2. Kredite im Antragsverfahren	1538
VI. Insolvenzgeldvorfinanzierung	1538
VII. Kapitalersetzende Darlehen	1539
1. Allgemeines	1539
2. Betroffene Gesellschaftsform	1539
3. Gesellschafterbegriff	1540
4. Darlehensarten	1541
5. Kapitalersatzfunktion	1542
6. Rechtsfolgen	1543
§ 98. Auswirkung der Insolvenz auf Bankvertrag und Kontobeziehung	
I. Bankvertrag	1544
1. Allgemeines	1544
2. Geschäftsverbindung und Insolvenz	1544
3. Neue Geschäftsverbindungen	1544
II. Einzelkonto	1544
1. Kontokorrent	1544
2. Spareinlagen, Termineinlagen	1545
3. Fremdwährungskonten	1545

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Besondere Kontoarten	1545
1. Gemeinschaftskonten	1545
2. Konten für Gesellschaften bürgerlichen Rechts	1546
3. Treuhandkonten und Anderkonten	1546
4. Sperrkonten	1547
5. Minderjährigenkonten	1547
6. Insolvenzkonto	1547
IV. Schrankfächer, Verwahrstücke, Depots	1548
1. Schrankfachmiete	1548
2. Verwahrstücke	1548
3. Depotgeschäft	1548
V. Bankgeheimnis	1549
1. Insolvenzverfahren	1549
2. Insolvenzantragsverfahren	1549
§ 99. Zahlungsverkehr bei Insolvenz	
I. Überweisungsausgänge	1550
1. Ausführung von Überweisungen vor Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzantrag	1550
2. Ausführung von Überweisungen nach Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzantrag	1550
3. Überweisungsaufträge nach Anordnung eines Verfügungsverbots	1551
4. Überweisungsaufträge nach Insolvenzeröffnung	1552
II. Überweisungseingänge	1553
1. Berechtigung der Bank zur Gutschrift	1553
2. Berechtigung der Bank zur Verrechnung	1555
III. Einlösung von Schecks	1558
1. Zeitpunkt der Einlösung	1558
2. Fortdauer der Scheckverpflichtung	1558
IV. Einzug von Schecks	1559
1. Warnpflicht	1559
2. Sicherungseigentum am Scheck	1559
V. Einzug und Einlösung von Wechseln	1559
VI. Einlösung von Lastschriften	1560
1. Zeitpunkt der Einlösung	1560
2. Widerspruch gegen die Belastung	1560
3. Missbräuchliche Widersprüche	1560
VII. Einzug von Lastschriften	1561
1. Zeitpunkt des Eingangs	1561
2. Widerspruch des Zahlungspflichtigen	1562
VIII. Zahlungsverkehrssysteme.....	1562
§ 100. Leasing	
I. Allgemeines	1563
II. Insolvenz des Leasing-Nehmers	1563
1. Mobilien-Leasing	1564
2. Immobilien-Leasing	1565
3. Leasing als Kauf	1566
III. Insolvenz des Leasing-Gebers	1566
1. Mobilien-Leasing	1566
2. Immobilien-Leasing	1567
§ 101. Bürgschafts- und Garantiegeschäft	
I. Allgemeines	1568
II. Insolvenz des Auftraggebers	1568
1. Garantierauftrag vor Insolvenzantrag	1568
2. Garantierauftrag nach Insolvenzantrag	1569

3. Garantierauftrag nach Anordnung vorläufiger Maßnahmen	1570
4. Garantierauftrag nach Insolvenzeröffnung	1570
5. Anspruch auf Befreiung von dem Aval	1570
6. Missbräuchliche Inanspruchnahme	1570
III. Insolvenz des Begünstigten	1571

§ 102. Finanzleistungen bei Insolvenz

I. Arten und Rechtsnatur der Finanzleistungen	1572
1. Edelmetallgeschäfte	1573
2. Wertpapiere	1573
3. Wertpapieren vergleichbare Rechte	1573
4. Geldleistungen in ausländischer Währung	1573
5. Fremdbestimmte Geldleistungen	1573
6. Optionen	1574
7. Finanzsicherheiten	1575
8. Finanztermingeschäftscharakter	1575
9. Vertragliche Standardisierung	1575
II. Devisentermingeschäfte bei Insolvenz	1575
1. Fälligkeit und Nichterfüllung bei Zahlungsunfähigkeit	1576
2. Fälligkeit nach Zahlungsunfähigkeit	1576
3. Fälligkeit nach Insolvenzeröffnung	1577
III. Optionsgeschäft in Wertpapieren bei Insolvenz	1578
1. Risikoerhöhung	1578
2. Optionsgeschäfte vor Verfahrenseröffnung	1579
3. Optionsgeschäfte bei Verfahrenseröffnung	1581
IV. Rahmenverträge über Finanzleistungen	1581
1. Anwendungsbereich	1581
2. Beendigung der Finanztermingeschäfte	1582
V. Finanzsicherheiten	1582
1. Vertragsparteien	1582
2. Sicherungszweck	1583
3. Sicherungsgut	1583
4. Wirksamkeit der Bestellung von Finanzsicherheiten	1584
5. Verwertung von Finanzsicherheiten	1585
VI. Verkäufe und Verbriefungen von Kreditforderungen	1585
1. Vertragskonstruktionen	1585
2. Insolvenzfestigkeit der Treuhandhaltung von Sicherheiten	1586
3. Auswirkungen des Wahlrechts des Insolvenzverwalters	1588

Kapitel IX. Arbeitsrecht und Insolvenz

§ 103. Grundsätze des Arbeitsrechts in der Insolvenz

I. Überblick	1593
1. Das insolvenzspezifische Arbeitsrecht	1593
2. Rechtsquellen des Arbeitsrechts	1596
II. Der Einfluss der Insolvenz auf bestehende Arbeitsverhältnisse	1598
1. Insolvenzeröffnungsverfahren und Insolvenzeröffnung	1598
2. Insolvenzverwalter in Wahrnehmung der Arbeitgeberfunktionen	1602
3. Der Arbeitnehmer in der Insolvenz	1607
4. Individualarbeitsrechtliche Ansprüche	1616
5. Tarifvertragliche Ansprüche	1622
6. Betriebsverfassungsrechtliche Ansprüche	1623
7. Arbeitskämpfrecht	1626
III. In der Insolvenz neu entstehende Arbeitsverhältnisse	1627

§ 104. Kündigung und Kündigungsschutz in der Insolvenz

A. Überblick	1630
I. Nicht in Vollzug gesetzte Arbeitsverhältnisse	1630
II. Nachwirkungen beendeter Arbeitsverhältnisse	1632
III. In Vollzug gesetzte Arbeitsverhältnisse	1633
1. Endigungstatbestände	1633
2. Zulässigkeitsvoraussetzungen der Kündigung	1637
3. Mitwirkung des Betriebsrates bei Kündigungen	1637
4. Anfechtung	1639
5. Kündigung durch den vorläufigen Insolvenzverwalter	1641
B. Ordentliche Kündigung durch den Insolvenzverwalter	1642
I. Die Kündigungserklärung	1642
1. Allgemeine Grundsätze	1642
2. Berufsausbildungsverhältnis	1643
3. Probearbeitsverhältnis	1644
4. Aushilfsarbeitsverhältnis	1644
5. Teilzeitarbeitsverhältnis	1645
6. Leiharbeitsverhältnis	1645
7. Gruppenarbeitsverhältnis	1646
8. Mittelbares Arbeitsverhältnis	1647
II. Die Kündigungsfristen	1648
1. Allgemeine Grundsätze	1648
2. Kündigungsfristen in der Insolvenz – § 113 I InsO	1650
3. Kündigungsfristen im Aushilfsarbeitsverhältnis	1652
C. Allgemeiner Kündigungsschutz	1653
I. Voraussetzungen	1653
II. Sozialwidrigkeit der Kündigung	1654
1. Personen- und verhaltensbedingte Kündigung	1654
2. Betriebsbedingte Kündigung	1655
III. Erhebung der Kündigungsschutzklage in der Insolvenz	1663
D. Besonderer Kündigungsschutz	1666
I. Überblick	1666
II. Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung	1667
III. Kündigungsschutz der schwerbehinderten Menschen SGB IX	1668
IV. Kündigungsschutz für Schwangere und Wöchnerinnen	1669
V. Kündigungsschutz nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz	1672
VI. Weitere Einzelfälle besonderen Kündigungsschutzes	1674
E. Außerordentliche Kündigung durch den Insolvenzverwalter	1675
I. Überblick	1675
II. Kündigungsgründe	1675
III. Die Ausschlussfrist des § 626 II BGB	1678
1. Fristbeginn	1678
2. Fristberechnung	1679
3. Einwand des Rechtsmissbrauchs	1681
IV. Kundgabe und Nachschieben von Kündigungsgründen	1681
V. Rechtswirkungen	1682
F. Die Änderungskündigung	1683
I. Rechtsformen	1683
II. Reaktionen des Arbeitnehmers	1684
III. Kündigungsschutz	1685
G. Der Weiterbeschäftigungsanspruch	1686
I. Überblick	1686
II. Der „betriebsverfassungsrechtliche“ Weiterbeschäftigungsanspruch	1687
1. Tatbestandsvoraussetzungen	1687
2. Rechtsfolge	1688
3. Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	1689

III. Der „allgemeine“ Weiterbeschäftigungsanspruch	1689
1. Tatbestandsvoraussetzungen	1689
2. Rechtsfolge	1691
3. Kündigung während des Weiterbeschäftigungsverhältnisses	1692
4. Entbindung von der Weiterbeschäftigungspflicht	1692
H. Die Massenentlassung	1693
I. Anwendungsbereich der §§ 17 ff KSchG	1693
II. Die Voraussetzungen	1694
1. Zahl der Entlassungen	1694
2. Anzeigepflicht	1695
III. Rechtsfolgen	1696
1. Unwirksamkeit der Entlassungen	1696
2. Wirkungen der Sperrfrist	1698
3. Verkürzung oder Verlängerung der Sperrfrist	1699
4. Ablauf der Sperrfrist	1699
I. Kündigung durch den Arbeitnehmer	1700
§ 105. Betriebsübergang, übertragende Sanierung, Betriebsstilllegung	
A. Betriebsübergang	1703
I. Allgemeines	1703
1. Verhältnis zum Umwandlungsgesetz	1704
2. Singulärsukzession	1705
II. Die Regelung des § 613 a BGB (Überblick)	1705
III. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 613 a I BGB	1707
1. Betriebsbegriff	1707
2. Betriebsteil	1713
3. Rechtsgeschäftlicher Übergang	1715
4. Betriebsinhaberwechsel	1716
IV. Die Rechtsfolgen des § 613 a I BGB	1717
1. Individualarbeitsvertragliche Rechtsfolgen	1717
2. Kollektive Rechtsfolgen	1719
V. Die Unwirksamkeit einer Kündigung gem. § 613 a IV BGB	1721
VI. Haftungsbeschränkungen	1722
1. Zur Weiterhaftung des Betriebsveräußerers	1722
2. Haftung des Betriebserwerbers	1722
3. Haftungsbeschränkungen im Insolvenzfall	1722
4. Haftung des Betriebsveräußerers	1724
VII. Informationspflichten	1724
B. Übertragende Sanierung in der Insolvenz	1726
1. Erwerbskonzept	1726
2. Soziale Auswahl	1728
3. Betriebsteilveräußerung	1729
4. Interessenausgleich mit Namensliste	1731
5. Betriebsstilllegung	1733
6. Wiedereinstellungsanspruch bei nachträglichem Betriebsübergang	1735
§ 106. Ansprüche der Arbeitnehmer, Geltendmachung und Befriedigung	
I. Überblick	1742
1. Grundsätze	1742
2. Ansprüche aus der Zeit vor Insolvenzeröffnung	1744
3. Ansprüche aus der Zeit nach Insolvenzeröffnung	1745
4. Zeitliche Bestimmung	1747
II. Einzelne Arbeitnehmeransprüche	1747
1. Gratifikationen	1747
2. Gewinnbeteiligungen	1749

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

3. Urlaubsentgelt/Urlaubsgeld	1749
4. Urlaubsabgeltung	1750
5. Abfindungen	1752
6. Schadensersatzansprüche	1753
7. Sozialplanansprüche	1755
8. Nachteilsausgleichsansprüche	1765
9. Ansprüche aus betrieblicher Altersversorgung	1769
10. Altersteilzeit	1771
11. Ansprüche auf Entschädigung aus einer Wettbewerbsabrede	1772
12. Ansprüche des Arbeitnehmererfinders	1775
13. Ansprüche der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten	1776
14. Aufwendungen des Betriebsrates	1776
15. Kosten der Einigungsstelle	1777
III. Neumasseverbindlichkeiten	1777
1. Definition der Neumasseverbindlichkeiten	1778
2. Arbeitnehmer als Massegläubiger	1778
IV. Sozialversicherungsbeiträge in der Insolvenz	1782
1. Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum vor Insolvenzeröffnung	1782
2. Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum nach Insolvenzeröffnung	1782
V. Insolvenzzrechtliche Behandlung der Arbeitnehmeransprüche	1783
1. Anmeldepflichtige Forderungen	1783
2. Nichtanmeldepflichtige Forderungen	1784
3. Arbeitnehmer als Massegläubiger	1784
4. Verfahren bei Masseunzulänglichkeit	1785
5. Aufnahme unterbrochener Verfahren	1787
6. Arbeitnehmer als Insolvenzgläubiger	1788
VI. Arbeitnehmeransprüche in der Gesellschafter-Insolvenz	1789

§ 107. Mitbestimmung in der Insolvenz

I. Allgemeine Grundsätze	1791
1. Überblick	1791
2. Beteiligung des Betriebsrats bei Einleitung des Insolvenzverfahrens	1792
3. Beteiligung des Betriebsrats bei Durchführung des Insolvenzverfahrens	1795
II. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Betriebsänderungen	1797
1. Betriebsgröße	1797
2. Planung einer Betriebsänderung	1800
3. Unterrichtung und Beratung	1804
4. Schriftform des Interessenausgleichs	1806
5. Beschleunigtes Einigungsstellenverfahren	1806
6. Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung von Betriebsänderungen	1807
7. Nachteilsausgleich	1811
8. Interessenausgleich mit Namensliste	1819
9. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	1828
10. Anhörung des Betriebsrats	1833
11. Der Sozialplan in der Insolvenz	1835

§ 108. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz

A. Vorbemerkung	1842
B. Insolvenzschutz der Betrieblichen Altersversorgung	1843
I. Betriebliche Altersversorgung	1843
II. Insolvenzschutz	1843
1. Gesicherter Personenkreis	1843
2. Gesicherte Versorgungsleistung	1846
3. Gesicherte Anwartschaften	1849
4. Sicherungsfälle	1853
5. Versicherungsleistungen	1856

6. Das Schicksal der Altersversorgungsansprüche bei einem Betriebsübergang in der Insolvenz des Arbeitgebers	1862
7. Verfahrensfragen	1864
8. Rechtsweg	1865
9. Rechtsübergang auf den PSV	1866
10. Rechtsstellung des Arbeitgebers	1867
11. Rechtsstellung des Versorgungsberechtigten	1867
§ 109. Soziale Sicherung und Insolvenz	
I. Überblick	1869
II. Insolvenzgeld (Insg)	1870
1. Zweck und Bedeutung des Insg	1870
2. Anspruchsvoraussetzungen	1871
3. Höhe des Insg	1878
4. Europarechtliche Einflüsse	1879
5. Vorfinanzierung von Insg	1880
6. Auskunftspflichten und Insg-Bescheinigung	1881
III. Kurzarbeitergeld (Kug)	1882
1. Zweck	1882
2. Anspruchsvoraussetzungen	1883
3. Leistungsumfang	1884
4. Antrag	1885
5. Strukturelles Kug/Transferkurzarbeitergeld	1885
IV. Arbeitslosengeld (Alg)	1887
1. Überblick	1887
2. Anspruchsvoraussetzungen im Einzelnen	1888
3. Persönliche Meldepflicht	1889
4. Höhe des Alg	1890
5. Ruhen des Anspruchs auf Alg und „Gleichwohlgewährung“	1891
6. Aufhebungsvertrag und Sperrzeit	1892

Kapitel X. Die Nachlassinsolvenz

§ 110. Allgemeines	
I. Wesen und Zweck	1897
1. Besonderes Insolvenzverfahren	1897
2. Einheitliches Verfahren trotz Erbenmehrheit	1897
3. Mittel zur Haftungsbeschränkung der Erben	1898
II. Rechtsgrundlagen	1898
III. Nachlassinsolvenz und Insolvenzrechtsreform	1898
IV. Bedeutung der Nachlassinsolvenz in der Praxis	1899
1. Wirtschaftliche Bedeutung	1899
2. Bedeutung als Mittel der Haftungsbeschränkung	1899
V. Verhältnis zu anderen Mitteln der Haftungsbeschränkung	1900
1. Nachlassverwaltung	1900
2. Einrede der Unzulänglichkeit des Nachlasses	1900
§ 111. Die Beteiligten und ihre Rechtsstellung	
I. Erbe als Schuldner	1901
1. Alleinerbe	1901
2. Mehrheit von Erben	1902
3. Vorerbe und Nacherbe	1902
4. Erbschafts Kauf	1902

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

II. Weitere Beteiligte auf Schuldnerseite	1902
1. Nachlasspfleger	1902
2. Testamentsvollstrecker	1903
III. Insolvenzverwalter	1903
1. Auswahl des Nachlassinsolvenzverwalters	1903
2. Rechtsstellung	1904
3. Besonderheiten	1904
IV. Gläubiger	1904
1. Verfahrensbeteiligte Gläubiger	1904
2. Kreis der Nachlassverbindlichkeiten	1904
3. Nachlassverbindlichkeiten als Masse- oder Insolvenzforderungen	1905
§ 112. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Nachlass	
I. Zulässigkeit der Eröffnung	1906
1. Eröffnung vor Erbschaftsannahme	1906
2. Eröffnung trotz unbeschränkter Erbenhaftung	1906
3. Eröffnung trotz Nachlassteilung	1907
II. Antragsbefugnis	1907
1. Antragsberechtigung auf Schuldnerseite	1907
2. Antragsberechtigte auf Gläubigerseite	1908
III. Antragspflicht	1909
1. Erbe und Nachlassverwalter	1909
2. Keine Antragspflicht für Nachlasspfleger und Testamentsvollstrecker	1910
IV. Anforderungen an einen Antrag	1910
1. Schuldnerantrag	1910
2. Gläubigerantrag	1910
V. Eröffnungsgründe	1911
1. Erweiterung der Eröffnungsgründe durch die Insolvenzordnung	1911
2. Überschuldung	1911
3. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit	1912
VI. Beschwerdeberechtigung	1912
VII. Insolvenzkostenhilfe	1913
VIII. Eigenverwaltung	1913
IX. Überleitung einer Regelinsolvenz in eine Nachlassinsolvenz	1913
1. Tod des Schuldners vor Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	1913
2. Tod des Schuldners nach Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	1914
3. Tod des Schuldners vor und nach Eröffnung des Verbraucherinsolvenz- oder Kleinverfahrens	1914
X. Zuständiges Insolvenzgericht	1915
1. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	1915
2. Internationale Zuständigkeit	1915
XI. Nachlassinsolvenz über das Vermögen eines für tot Erklärten	1915
XII. Auswirkungen der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens auf anhängige Prozesse, Vollstreckungsmaßnahmen und Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	1916
XIII. Nachlassinsolvenz und Restschuldbefreiung	1916
1. Tod des Schuldners während des Insolvenzverfahrens	1916
2. Tod des Schuldners während der Wohlverhaltensperiode	1917
3. Widerruf der Restschuldbefreiung nach dem Tod des Schuldners	1917
§ 113. Masse der Nachlassinsolvenz	
I. Umfang der Insolvenzmasse	1918
1. Nachlass	1918
2. Geschäftsbetrieb als Massebestandteil	1921
3. Gesellschaftsanteil an Kapitalgesellschaft und Nachlassinsolvenz	1922
4. Personengesellschaftsanteil und Nachlassinsolvenz	1922

II. Erweiterung der Anfechtbarkeit	1927
1. Anwendung der allgemeinen Vorschriften	1927
2. Erweiterte Anfechtbarkeit	1928
III. Einschränkung der Absonderungsrechte	1929
1. Keine abgesonderte Befriedigung aufgrund einer Vollstreckungsmaßnahme	1929
2. Grund der Einschränkung	1930
3. Materiell-rechtlicher Gehalt des § 321 InsO	1930
4. Keine Rückgabe des Vollstreckungserlöses	1930
5. Vollstreckung auf Grund vertraglicher oder gesetzlicher Pfandrechte	1931
IV. Zurückbehaltungsrecht und Aufrechnung	1931
1. Zurückbehaltungsrecht	1931
2. Aufrechnung	1931
§ 114. Befriedigung der Nachlassgläubiger	
I. Masseverbindlichkeiten	1932
1. Die gleichen Masseverbindlichkeiten wie in der Regelinsolvenz	1932
2. Erweiterung des Kreises der Masseverbindlichkeiten	1933
3. Reihenfolge	1934
4. Rechtliche Stellung	1934
II. Erbe als Nachlassinsolvenzgläubiger	1935
1. Ansprüche auf Grund des Wiederauflebens erloschener Rechtsverhältnisse	1935
2. Ansprüche wegen der Berichtigung von Nachlassverbindlichkeiten	1935
III. Anmeldung der Nachlassinsolvenzforderungen	1936
IV. Rangordnung bei der Befriedigung von Nachlassverbindlichkeiten	1937
1. Teilnahme aller Nachlassgläubiger	1937
2. Voll- und minderberechtigte Nachlassgläubiger	1937
3. Im Aufgebotsverfahren ausgeschlossene Nachlassgläubiger als minderberechtigte Insolvenzgläubiger	1939
4. Rang der für minderberechtigte Forderungen aufgelaufenen Zinsen	1940
5. Die minderberechtigten Nachlassgläubiger im Nachlassinsolvenzverfahren	1940
V. Beschränkung bei der Befriedigung bestimmter nachrangiger Nachlassverbindlichkeiten	1941
1. Beschränkung bei der Rückgewähr aufgrund Anfechtung	1941
2. Beschränkung der Ersatzleistungen des Erben	1941
VI. Befriedigung von Nachlassverbindlichkeiten außerhalb des Nachlassinsolvenzverfahrens	1942
1. Beschränkt haftender Erbe	1942
2. Unbeschränkt haftender Erbe	1942
§ 115. Insolvenzplan	
I. Abschluss des Insolvenzplans	1943
1. Zulässigkeit des Insolvenzplans	1943
2. Planinitiativrecht	1943
3. Beteiligte	1943
II. Wirkungen des Insolvenzplans	1944
1. Haftung des Erben entsprechend dem Insolvenzplan	1944
2. Haftung gegenüber den nicht vom Insolvenzplan betroffenen Gläubigern	1945
§ 116. Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	
I. Aufhebung und Einstellung	1945
1. Geltung der allgemeinen Vorschriften	1945
2. Haftungsrechtliche Besonderheit	1945
II. Haftung des Erben nach Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	1945
1. Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	1945
2. Beendigung durch Verteilung der Masse	1946
3. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	1947
4. Einstellung oder Ablehnung mangels Masse oder infolge Masseunzulänglichkeit	1947

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

§ 117. Besondere Fälle

I. Nacherbfolge	1948
1. Eintritt der Nacherbfolge nach Eröffnung der Nachlassinsolvenz	1948
2. Eintritt der Nacherbfolge vor Eröffnung der Nachlassinsolvenz	1948
3. Stellung des Vorerben nach dem Nacherbfall	1949
II. Erbschaftskauf	1949
1. Materiell-rechtliche Wirkung des Erbschaftskaufs	1949
2. Nachlassinsolvenz nach Erbschaftskauf	1950
3. Verwandte Verträge	1951

§ 118. Verhältnis der Nachlassinsolvenz zur Erben- und zur Gesamtvermögensinsolvenz

I. Insolvenzverfahren mit und ohne Einbeziehung des Nachlasses	1952
1. Nachlassinsolvenz und Erbeninsolvenz	1952
2. Gesamtvermögensinsolvenz	1952
3. Eigeninsolvenz über das Vermögen eines Miterben	1953
II. Zusammentreffen von Nachlass- und Erbeninsolvenz	1953
1. Rechtliche Selbständigkeit der getrennten Verfahren	1953
2. Einschränkung der Nachlassgläubiger in der Erbeninsolvenz	1953
3. Erbeninsolvenz und Nachlassverwaltung	1954
4. Erbeninsolvenz und Testamentvollstreckung	1954
III. Nachlassgläubiger bei einem zum Gesamtgut gehörenden Nachlass	1954
1. Allgemeine Voraussetzungen für die entsprechende Anwendung des § 331 I InsO	1954
2. Einzelheiten der Anwendbarkeit des § 331 II InsO	1955

Kapitel XI. Steuerrecht

§ 119. Verhältnis des Steuerrechts zum Insolvenzrecht	1959
---	------

§ 120. Allgemeine insolvenzrechtliche Regelungen	1961
--	------

§ 121. Einkommensteuer im Insolvenzverfahren

I. Das einheitliche Einkommen in der Insolvenz	1962
II. Zurechnung des Einkommens und der Verluste	1963
III. Insolvenzzrechtliche Einordnung und Aufteilung der Einkommensteuerschuld	1965
IV. Versteuerung der stillen Reserven	1968
V. Einkommensteuer bei Absonderungsrechten	1969
VI. Vorauszahlungen und Abschlusszahlung	1969
VII. Veranlagung von Ehegatten	1971

§ 122. Lohnsteuer im Insolvenzverfahren

I. Insolvenzverfahren über das Vermögen des Arbeitnehmers	1972
II. Insolvenzverfahren über das Vermögen des Arbeitgebers	1972
1. Lohnsteuerabzug durch den Insolvenzverwalter	1972
2. Pauschalierung der Lohnsteuer, §§ 40 ff EStG	1974
III. Übergang der Lohnsteuerforderung auf die Bundesanstalt für Arbeit	1974
IV. Lohnsteuer bei vorläufiger Insolvenzverwaltung	1975

§ 123. Umsatzsteuer im Insolvenzverfahren

I. Die Einordnung der Umsatzsteuerforderung	1976
II. Fragen des Vorsteuerabzugs	1978
III. Umsatzsteuerliche Probleme beim Werkvertrag	1980
1. Unternehmerinsolvenz	1980
2. Bestellerinsolvenz	1981

IV. Freigabe von Massegegenständen	1982
V. Umsatzsteuer bei Absonderungsrechten	1982
VI. Ermittlung der Umsatzsteuerschuld	1982
§ 124. Sonstige Steuerarten im Insolvenzverfahren	
I. Gewerbesteuer	1984
II. Grunderwerbsteuer	1985
III. Grundsteuer	1985
IV. Kraftfahrzeugsteuer	1985
V. Investitionszulage	1986
VI. Zölle und andere Grenzabgaben	1986
VII. Verbrauchssteuern	1986
§ 125. Die verfahrensmäßige Behandlung der Steuerforderungen	
I. Insolvenzantrag der Finanzbehörde	1987
II. Beteiligung von Steuerforderungen an dem Insolvenzverfahren	1988
1. Insolvenzforderungen	1988
2. Masseverbindlichkeiten	1990
III. Durchsetzung gegenüber dem Schuldner	1991
IV. Steueransprüche nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	1991
V. Steueransprüche bei der Restschuldbefreiung	1991
VI. Steueransprüche im Verbraucherinsolvenzverfahren	1991

Kapitel XII. Kosten der Insolvenz

§ 126. Kosten des gerichtlichen Verfahrens

A. Gerichtskosten	1994
I. Grundsätzliches	1994
1. Gerichtskosten	1994
2. Kosten- und Gebührenfreiheit	1994
II. Insolvenzverfahren	1995
1. Eröffnungsverfahren	1995
2. Eröffnetes Verfahren	1999
III. Zeugen- und Sachverständigenentschädigung	2003
B. Gerichtsvollzieherkosten	2003
C. Rechtsanwaltsgebühren im Insolvenzverfahren	2004
1. Allgemeines	2004
2. Insolvenzeröffnungsverfahren	2005
3. Eröffnetes Verfahren	2005
4. Forderungsanmeldung	2006
5. Restschuldbefreiung, Insolvenzplan	2006
6. Widerruf der Restschuldbefreiung	2006
7. Beschwerdeverfahren	2006
8. Mehrfacher Auftrag	2007
9. Reisekosten und Abwesenheitsgelder	2007
10. Erstattungsfähigkeit	2007
11. Kostenfestsetzung	2007
D. Gebühren der Rechtsbeistände	2008

§ 127. Die Vergütung der Insolvenzverwalter, der vorläufigen Insolvenzverwalter, der Sachwalter, der Treuhänder und der Gläubigerausschussmitglieder

A. Vergütung des Insolvenzverwalters	2008
I. Allgemeines	2008
II. Berechnungsgrundlage	2010

Inhalt

Inhaltsverzeichnis

III. Regelvergütung	2011
IV. Abweichen von der Regelvergütung	2011
1. Überschreiten der Regelvergütung	2011
2. Zurückbleiben hinter der Regelvergütung	2012
V. Sonderinsolvenzverwalter	2012
VI. Mehrere Insolvenzverwalter	2013
VII. Rechtsanwalt-Insolvenzverwalter	2013
VIII. Geschäftskosten	2015
1. Auslagen	2015
2. Haftpflichtversicherung	2015
IX. Nachtragsverteilung	2015
X. Überwachung und Erfüllung eines Insolvenzplanes	2016
XI. Umsatzsteuer	2016
XII. Festsetzungsverfahren	2016
1. Beschluss	2016
2. Rechtliches Gehör	2017
3. Bekanntgabe	2017
XIII. Rechtsmittel	2017
XIV. Vorschuss	2018
B. Vergütung des vorläufigen Verwalters, des Sachwalters und des Treuhänder	2018
I. Allgemeines	2018
II. Vergütung vorläufiger Verwalter	2018
III. Vergütung des Sachwalters	2019
IV. Vergütung des Treuhänders im vereinfachten Verfahren	2019
V. Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	2019
C. Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	2020

Kapitel XIII. Internationales Insolvenzrecht

§ 128. Grundfragen des Internationalen Insolvenzrechts

I. Gegenstand des Internationalen Insolvenzrechts	2025
1. Aufgabe	2025
2. Grundprinzipien	2026
3. Formelles und materielles Internationales Insolvenzrecht	2027
II. Abgrenzung des Internationalen Insolvenzrechts	2028
1. Auslandsachverhalte	2028
2. Tatbestandswirkung ausländischer Insolvenzen	2028
3. Insolvenzkollisionsrecht und allgemeines internationales Privatrecht	2028
4. Fremdenrecht	2030
5. Abgrenzung der betroffenen Verfahren	2030

§ 129. Das Europäische Insolvenzrecht

I. Geschichte und Stand der Insolvenzordnung	2035
II. Ziele der Insolvenzordnung	2036
III. Anwendungsbereich der Verordnung	2036
IV. Internationale Zuständigkeit	2037
1. Anknüpfung an den „Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen“ des Schuldners ...	2037
2. Ermittlung des faktischen Sitzes	2038
3. Zuständigkeit bei Konzerninsolvenz	2040
4. Beachtung der Verfahrenseröffnung in einem EU-Staat	2040
5. Zuständigkeit für Partikularverfahren	2041
6. Örtliche Zuständigkeit	2042
V. Insolvenzfähigkeit	2042
VI. Sicherungsmaßnahmen	2042
VII. Anerkennung	2043
1. Anerkennungsvoraussetzungen	2043
2. Anzuerkennende Entscheidungen	2043

L

VIII. Sekundärinsolvenzverfahren	2045
1. Am Sitz der Niederlassung	2045
2. Sekundär- oder Partikularverfahren	2046
3. Zusammenarbeit der Verwalter	2046
4. Anmelderecht	2047
5. Gläubigergleichbehandlung	2047
IX. Anwendbares Recht	2047
1. Lex fori concursus als Grundregel	2047
2. Materielle Sonderregeln	2047
X. Richtlinien der Europäischen Union	2048
§ 130. Inländische Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug	
I. Allgemeines	2051
II. Insolvenz-Immunität	2051
1. Ausländische Staaten	2051
2. Diplomaten und Konsuln	2052
3. Internationale Organisationen	2052
III. Internationale Zuständigkeit zur Eröffnung eines deutschen Haupt-Insolvenzverfahrens	2053
1. Europäisches Recht	2053
2. Autonomes deutsches Recht	2053
3. Zulässigkeit eines Partikularverfahrens	2053
4. Prüfung von Amts wegen	2054
5. Kein Zwang zur Beachtung eines Insolvenzverfahrens in einem Drittstaat	2054
6. Insolvenzfähigkeit	2054
7. Eröffnungsgründe	2055
8. Ermittlungen zum Vorliegen des Eröffnungsgrundes	2055
9. Sicherungsmaßnahmen	2055
10. Zustellung, Veröffentlichung, Registereintragung	2056
11. Ablehnung mangels Masse	2056
IV. Wirkungen der Eröffnung des inländischen Insolvenzverfahrens	2057
1. Umfang der Insolvenzmasse	2057
2. Verwaltung der Masse	2058
3. Leistungen an den Schuldner	2060
4. Wirkungen auf anhängige Zivilverfahren und Vollstreckungen	2060
5. Mitwirkungspflichten des Schuldners, Postsperre	2063
6. Anmeldung, Feststellung und Rang von Insolvenzforderungen	2063
7. Anrechnung auf die Insolvenzquote	2065
8. Insolvenzplan	2066
9. Restschuldbefreiung	2067
10. Beendigung des Verfahrens	2067
V. Partikularverfahren über das Inlandsvermögen	2068
1. Zweck des gesonderten Verfahrens	2068
2. Partikularverfahren und Sekundärverfahren	2068
3. Partikularverfahren	2068
4. Sekundärverfahren	2069
5. Abwicklung der gesonderten Verfahren	2070
VI. Nachlassinsolvenzverfahren	2075
1. Internationale Zuständigkeit	2075
2. Umfang der Insolvenzmasse	2075
3. Abwicklung der Nachlassinsolvenz	2076
VII. Anerkennung deutscher Verfahren im Ausland	2076
1. Anerkennung in den EU-Staaten	2076
2. Anerkennung in anderen Staaten	2076
VIII. Parallelverfahren	2078
1. Zusammenarbeit mit ausländischen Amtswaltern	2078
2. Berücksichtigung der Auslandsquote	2079

§ 131. Insolvenzkollisionsrecht

I. Der Grundsatz der lex fori und seine Ausnahmen	2081
1. Die lex fori als Insolvenzstatut	2081
2. Geltung der jeweiligen lex fori für ausländische Insolvenzverfahren	2082
3. Insolvenzstatut als Gesamtstatut	2082
II. Rechtsstellung von Insolvenzverwalter und Insolvenzschuldner	2083
1. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	2083
2. Rechtsstellung des Schuldners	2084
III. Dingliche Rechte	2084
1. Rechte an Immobilien	2084
2. Aussonderung	2085
3. Absonderung	2086
4. Mobiliarsicherheiten	2086
5. Eigentumsvorbehalt	2089
IV. Gegenseitige Verträge	2090
1. Allgemeines	2090
2. Kaufvertrag, Werkvertrag	2090
3. Verträge über dingliche Rechte	2090
4. Miete, Pacht	2091
5. Leasingverträge	2091
6. Arbeitsverträge	2092
7. Geschäftsbesorgungsverträge, Vollmacht	2093
8. Zahlungssysteme und Finanzmärkte	2093
V. Aufrechnung	2094
VI. Insolvenzanfechtung	2094
VII. Haftung der Geschäftsleiter und Gesellschafter	2097
VIII. Sanierung, Vergleich, Insolvenzplan, Restschuldbefreiung	2097
1. Sanierung, Zwangsvergleich, Insolvenzplan	2097
2. Restschuldbefreiung	2098

§ 132. Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren

I. Begriff und Wirkung der Anerkennung	2100
1. Grundsatz der Anerkennung	2100
2. Bedeutung der Anerkennung	2100
II. Voraussetzungen der Anerkennung	2102
1. Allgemeines	2102
2. Vorliegen eines Insolvenzverfahrens	2103
3. Internationale Anerkennungszuständigkeit	2104
4. Kein Verstoß gegen den deutschen ordre public	2105
5. Keine Gegenseitigkeit	2106
6. Kein formelles Anerkennungsverfahren	2106
7. Öffentliche Bekanntmachung	2106
III. Anzuerkennende Entscheidungen und Wirkungen	2107
1. Der Beschluss über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	2107
2. Prozessführung	2110
3. Anerkennung der Befugnisse des ausländischen Insolvenzverwalters	2112
4. Einstweilige Sicherung der Insolvenzmasse	2113
5. Anerkennung weiterer insolvenzrechtlicher Entscheidungen	2113
6. Anerkennung von mit dem Insolvenzverfahren unmittelbar zusammenhängenden Entscheidungen	2114
7. Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	2115
8. Teilnahme am Auslandsverfahren und Verteilung der Masse	2115
9. Insolvenzplan, Vergleich	2116
10. Restschuldbefreiung	2117

IV. Anerkennung ausländischer Partikularverfahren	2118
1. Inlandsbefugnis des ausländischen Verwalters	2118
2. Befriedigung im Ausland	2118
3. Insolvenzplan, Restschuldbefreiung	2119
V. Inlandswirkung ausländischer Nachlassinsolvenzverfahren	2119
VI. Kooperation mit ausländischen Verfahren	2119
1. Kooperationspflicht der Insolvenzverwalter	2119
2. Ausübung von Gläubigerrechten	2119
3. Konkurrenz von Hauptverfahren	2120
4. Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte	2120
§ 133. Übereinkommen und Modellregeln zum internationalen Insolvenzrecht	
I. Das Europarats-Übereinkommen	2122
II. Das UNCITRAL-Modellgesetz	2123
1. Recht des ausländischen Verwalters auf direkten Gerichtszugang	2123
2. Anerkennung des ausländischen Verfahrens	2124
3. Zusammenarbeit mit dem ausländischen Insolvenzgericht und dem ausländischen Insolvenzverwalter	2125
III. Der deutsch-österreichische Konkurs- und Vergleichsvertrag	2125
IV. Vorschriften des internationalen Insolvenzrechts in Verträgen über die Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen	2126
1. Ausschluss der Insolvenzsachen	2126
2. Der deutsch-niederländische Vertrag	2126
3. Abkommen einzelner Bundesländer mit Schweizer Kantonen	2127
4. Räumlicher Anwendungsbereich	2127
5. Gegenstand der Regelungen	2127
§ 134. Ausländisches Insolvenzrecht	2129
Sachregister	2135

